

Volkstimme

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Parry, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. F.mann & Co., Magdeburg, Große Königstraße 3. — Fernvertrieb: Anklause: Für Inserate Nr. 1557, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzulassung 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugssatz: Woche vom 1. bis 6. Oktober 1350000 Mark. Abholer 13250000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10x1000 Meter breite Nonpareilleiste beträgt 84 M., auswärts 108 M.; Familienanzeigen und Siedlungsliste 42 M.; Vereinstafel 96 M.; 90 Millimeter breite Reklamezeile vertikal 420 M.; auswärts 510 M. Der Grundpreis wird verbreitert mit der Schlüsselzahl des Vereins der Deutschen Zeitungswerbeiter, ab 1. Okt. 50 000. Der gewördigte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 2 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Glasschreiber keine Gebühr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 233.

Magdeburg, Sonnabend den 6. Oktober 1923.

34. Jahrgang.

Die Totengräber Deutschlands.

„Sieben den Parteien“.

Wenn in der deutschen Republik ein parlamentarisches Ministerium zurücktreten mühte, erhob sich in der bürgerlichen Presse sofort der Röhr, daß sich mit dem Parlamentarismus nicht regieren lasse, es müsse ein Kabinett über den Fraktionen und unabhängig von den Fraktionen gebildet werden. Die „Fachmänner“ marschierten dann an. So sind wir zu den Ministerien Tschirnhaus-Simons und Cuno gekommen. Die Fachmänner regierten uns in wenigen Monaten in Grund und Boden. Parlamentarische Regierungen lösten sie wieder ab. Das heißt, die verlästerte Sozialdemokratie sprang wieder in die Breche.

Auf das Machtgebot der Schwerindustriellen hat die Volkspartei ein parlamentarisches Ministerium jetzt zur Strecke gebracht. Sofort kommt der alte Ruf: Los von den Fraktionen und Parteien, bilden wir eine Regierung, die „über“ den Parteien steht.

Gehorsam ist Stresemann, der Vielgewandte und Vielgeschäftige, am Donnerstag an die Arbeit gegangen. Mit den Fraktionen hat er keine Fühlung genommen, mit den Parteführern keine Versprechungen geplaudert. Er geht selbstständig vor. Auf eigne Faust, auf eigne Verantwortung. Am Donnerstag abend hat er behauptet, daß er seine Regierung fertig hätte. Er würde mit ihr am Freitag sich dem Parlament vorstellen und versuchen, eine Mehrheit zu bekommen.

Die Namen der neuen Minister sind bis zum Mittag des Freitag außerhalb von Berlin noch nicht bekannt. Wahrscheinlich auch nicht in Berlin. So schnell wird's nicht gegangen sein. Aber es ist ja möglich, daß Stresemann eine neue Liste Wagnisvoller auf dem Papier zusammenbringt. Zweifellos ist, daß das Kartenhaus bei der ersten parlamentarischen Vorstellung auseinander geblassen werden wird.

Denn Sozialdemokraten werden in dem neuen Kabinett Stresemann nicht sitzen. Das war der Zweck des volksparteilichen Bombenwurfs: hinaus mit den Roten! Das Ziel ist erreicht. Auch Deutschnationale werden in der neuen Regierung nicht sitzen. Wenigstens nicht ausgesprochene und bekannte Deutschnationale. Wie's in den Herzen der neuen „Fachmänner“ aussieht, ist eine andre Frage. Cuno war ja auch kein Deutschnationaler, aber er hat ständig unter dem Kommando Helfferichs deutschnational-reaktionär regiert. Die Deutschnationalen kündigen sogar der neuen Regierung Stresemanns schärfste Opposition an, noch bevor sie gebildet ist. Die Drohung fließt lediglich aus der Person Stresemanns. Sie trauen ihm nicht. Er ist für sie allzu sehr belastet durch sein zweimonatiges Zusammenleben mit den Sozialdemokraten.

Wie sich Demokraten und Zentrum stellen werden, steht noch nicht fest. Aber auch wenn sie bis zum letzten Mann für den neuen Stresemann eintreten würden, hätte er damit keine Mehrheit, müßte er fallen. bevor er sich richtig erhoben hat. Denn alles, was links von den Demokraten sitzt, stimmt einhellig gegen das neue Kabinett.

Der Grund liegt auf der slocen Hand. Stresemann will das Ermächtigungsgesetz wieder vorlegen, das auf Befehl der Schwerindustrie ausgearbeitet ist und das die Sozialdemokratie nicht hat schlucken wollen. Es soll etwas abgeändert werden, läßt er erklären. Aber die Änderungen werden nicht so eindeutig sein können, daß der Sozialdemokratie die Zustimmung möglich wäre. In demselben Augenblick, wo dies eintreten könnte, würde ja die Volkspartei selbst von ihrem Führer abschwanken.

Das Ermächtigungsgesetz ist die unverbüßte Dictatur des Großkapitals. Den Arbeitern soll jede Mitwirkung entzogen werden. In der Politik wie in der Wirtschaft, im Arbeiterschutz wie in der sozialen Gesetzgebung. Die deutsche Arbeiterschaft soll auf den Zustand vor dem Kriege zurückgedrängt werden. Wilhelmische Zeiten für das deutsche Proletariat, für die Angestellten, für die Beamten, für alle Hand- wie Kopfarbeiter. „Wer Frecht ist, soll Frecht bleiben.“ Rechte gibt es nicht, nur Pflichten. Die Fäden zusammengeschlagen, die Hände an die Hosennähte und den unbedeckten Zehn und den Fuß für das arbeitsame Geindel!

Das hat Stinnes, der Reichstagsabgeordnete der Volkspartei, vor Monaten gefordert. Auf seinen Befehl ist jetzt von der Volkspartei die große Koalition geprangt und die Bahn frei gemacht worden für den Generalangriff gegen die deutsche Arbeiterschaft. Er hat hinter den Rücken gestanden, die Munition herangekleppt und die Bombe ge-

laden. Die Berliner „Germania“, das Zentrumsblatt, weiß darüber etwas zu sagen:

Eine Erklärung für den plötzlichen Vorstoß der Deutschen Volkspartei will ein Gerücht geben, wonach schon in der vorigen Woche eine Konferenz bei Herrn Stinnes stattgefunden haben soll, in der die Liste für ein kleines Kabinett mit diktatorischen Vollmachten aufgestellt worden sei soll. Es zirkuliert auch bereits die Ministerliste dieser sogenannten nationalen Diktatur, an deren Spitze ein bekannter General stehen soll und die Herrn Helfferich als Finanzminister und einen bekannten Gewerkschaftler (Stegewald. Red. d. „V.“) als Arbeitsminister nenn.

Genau nach diesen Vorbereitungen des Stinnes operiert am Donnerstag abend schon das Organ Stresemanns, die Berliner „Zeitung“. Sie sieht den Sturz der neuen Regierung vorans, sowie sie im Reichstag erscheint. Was ist dann zu tun?

Gelingt es nicht, so bleibt nur zweierlei zu tun übrig: entweder die Auflösung des Reichstags oder die Fortsetzung der gesetzgebenden Arbeit ohne das Parlament auf Grund anderer Bestimmungen. Unmöglich ist es jedenfalls, das Reichsschiff jetzt ohne Führung den Stürmen zu überlassen.

Diese „andern Bestimmungen“ hat Stinnes ja schon festgelegt: die „nationale Diktatur“, das kleine Kabinett mit diktatorischen Vollmachten. Die Liste ist fertig. Der General steht bereit, Helfferich wartet und Stegerwald zieht sich schon die deutschnationalen Rüstpfeife an. Der Reichstag wird aufgelöst, aber Neuwahlen gibt's nicht. Das Parlament ist ja überflüssig, Etienne, Hugenberg, Helfferich und Ludendorff regieren ohne das Parlament.

Aber nicht nur der Reichstag wird davongejagt, auch der Reichspräsident wird zuvor abgesetzt. Denn es ist ausgeschlossen, daß Ebert seine Zustimmung zu dem Staatsstreich der Schwerindustrie und der Agrariermagnaten geben wird.

Zu alledem glauben sich Stinnes und Komforten möglicherweise genug. In Bayern sieht Fahr bereit zur Hilfe, und in Deutschland herrscht der militärische Belagerungsstand. Er ist proklamiert, um die Reaktion niederkreuzen; er wird von den Reaktionären benutzt, um der Reaktion vollends in den Sattel zu helfen. Ein General an der Spitze des kleinen Direktoriums. Stinnes und die Seinen vertrauen fest darauf, daß es dann mit Hilfe der Reichswehr gelingen wird. Der „alte“ Kapp-Putsch ist mit der Sprengung der großen Koalition ja schon gelungen. Die Sozialdemokratie ist dran. Jetzt wird der „alte“ Kapp-Putsch auch noch glühen. Das Großkapital ist dann auch politisch Herr in Deutschland.

Das neue Kabinett Stresemann wird die schärfste Opposition der Sozialdemokratie finden. Recht so, sagt Stinnes. Dann jagen wir den Reichstag anseinander und errichten unsre Diktatur. Begonne hilft uns. Er hat im Aufkreis schon den Feinduntertag beföhnen und alle Arbeiterrechte abgeschafft. Unter der Trikolore werden wir die schwärzweißrote Fahne wieder aufstellen und der Republik das Grab graben.

So operieren und wirken die Totengräber Deutschlands! —

Die Gewerkschaften rufen zum Kampfe.

Die drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund und Allgemeiner deutscher Beamtenbund, richten folgenden

Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten:

Die Ereignisse der letzten Tage haben offenbar gemacht, welche Gefahren die deutsche Arbeitnehmerschaft bedrohen. Nicht genug, daß der unerbittliche Gegner im Westen auf den Fall der deutschen Republik lauert und an den Grundrechten der Arbeiter, Angestellten und Beamten rüttelt; in Deutschland selbst erheben sich ihre erbitterten Feinde; im eigenen Lande halten ihre wirtschaftlichen und politischen Wideracher zum entscheidenden Schlag aus.

Dieselben reaktionären Kreise, die der Arbeiterbewegung immer den Klassenkampfstandpunkt zum Vorwurf machen, haben jetzt ihrerseits die Sturmähnlichkeit rücksichtsloser

Klassenkampfes gegen die Arbeitnehmerschaft entrollt.

In Bayern triumphiert die Reaktion. Die gesamten Maßnahmen des Herrn v. Raht verfolgen nur den Zweck, unter Schaltung der arbeiterfeindlichen und antirepublikanischen Elemente auf scheinbar legalem Wege die Arbeitnehmerschaft wirtschaftlich und politisch in die alte Hörigkeit zurückzuwerfen und alle ihre Feinde gegen das Reich und gegen die Arbeitnehmer zu mobilisieren.

Alle innerpolitischen Gegner der Republik. Separatisten, Monarchisten und Rechtsradikale arbeiten sich in die Hände.

Alle sind daran interessiert, die Autorität des Reiches zu untergraben. Jede dieser Gruppen sucht in der Vernichtung der Republik die erwünschte Gelegenheit, ihre Sonderziele zu verwirklichen. Alle glauben ihre Stunde gekommen. Soweit ihre Ziele im einzelnen auseinandergehen, einig sind sie sich in der Bekämpfung der deutschen Arbeiterschaft. Sie sind die politischen Bündnisgenossen des Unternehmertums, die Vorhut der wirtschaftlichen Reaktion. Die

Entretung der deutschen Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist ihr gemeinsames Ziel. Sie halten den Zeitpunkt für gekommen, jetzt auch sogar die Sozialpolitik, das heißt die Regelung der sozialen Rechtsverhältnisse, die staatliche Fürsorge für Sozialrentner und Arbeitslose, jeder Einflussnahme des Parlaments und des Gewerkschafts zu entziehen, um sie nur noch in die Hand einer mit unbeschränkten Vollmachten ausgestatteten Regierungsviktoria zu legen. Vor allem soll auch die Arbeitszeit ohne das in der Verfassung garantierte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer beliebig verlängert werden können.

Es ist blutiger Hohn, wenn die Reaktionäre vorgeben, diesen Kampf gegen die Arbeitnehmerschaft im Namen der Nation, im Interesse der deutschen Wirtschaft zu führen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind in den vergangenen Jahren am Rheine wie in Bayern allen separatistischen Plänen entgeggetreten. Sie waren und sind die Vorkämpfer des Reichsgedankens in allen von Sonderbündnissen und Monarchien geführten Gebieten. Die Gewerkschaften haben die Rechte der Nation, die

Interessen der Allgemeinheit verteidigt, indem sie den Egoismus der Unternehmer bekämpft, um dem Staate zu geben, was dem Staate gehört.

Die Unterstützer der Nation waren ihre entschlossenen Verteidiger, sie haben die schwersten Opfer gebracht an Gut und Blut. Nun will man sie mit Füßen treten. Die furchtbare Entwicklung zeigt täglich die Entbedrung mit die Not in den Familien, trotz der hohen Nominalhöhe. Unrechte wirtschaftlichen Gegner möchten diesen langen Entgang noch vermindern. Um die lebte Kraft und den Arbeitern heranzuholen, wollen sie die Arbeitszeit nach eignem Belieben verlängern. Sie werfen die Arbeiter auf die Straße. Unabschbare wirtschaftliche Not erwartet die Scharen der Arbeiter. Diesem Bunde der Arbeiterschaft gilt es entgegenzutreten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erkennt die Gefahr. Jetzt ist nicht die Zeit, in euren eignen Reihen politische Gegenföhre auszutragen und eure Kräfte zu zerstreuen.

Gegen die Feinde der Arbeiterschaft muß die geistige Macht des deutschen Proletariats eingesetzt werden. Nur so ist der Ansturm der Gegner zu brechen. Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um euer Recht zu führen — wenn es sein muß auch mit den äußersten Mitteln, über deren Anwendung jedoch niemand anders als die zentrale Leitung der Gewerkschaften entscheiden darf.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Folgt ausdrücklich die Weisung der Spitzenorganisationen. Haaltet Disziplin!

Nieder mit den Feinden der Arbeiterschaft!

Es lebe die deutsche Republik!

Stresemann auf der Suche.

Der vom Reichspräsidenten mit der Neubildung einer Regierung beauftragte bisherige Reichskanzler Stresemann hat sich sofort an die Arbeit begeben und am Donnerstag vormittag seine Bemühungen aufgenommen. Er hat erklärt, daß er nicht daran denkt, ein Reichskabinett zu bilden. Seine Bemühungen liefern deshalb darauf hinaus, eine Regierung aus Persönlichkeiten zu stande zu bringen, die nicht minder als der Parlament sind, für die Notwendigkeiten der gegenwärtigen Lage das erforderliche Verständnis haben und gleichzeitig bei den einzelnen Parteien nicht von vornherein auf Widerstand stoßen. In der achten Abendstunde des Donnerstag verlautete, daß es dem Reichskanzler gelungen sei, ein Kabinett zu bilden, obwohl im Verlauf des ganzen Tages mit den Parteiführern keinerlei Rücksprache genommen worden war.

LEDIGLICH der Reichspräsident hatte mit den Führern der einzelnen Fraktionen Verhandlungen. Die Zentrumsfraktion ließ ihm gegenüber durch ihren Führer Dr. Marx erklären, daß sie bereit sei, an der Wiederauferstehung der großen Koalition mit anderen Persönlichkeiten für gewisse Ressorts mitzuwirken, jedoch nicht daran denkt, ohne weiteres einem außerparlamentarischen Kabinett die Zustimmung zu geben. Die Zentrumsfraktion ist der Ansicht, daß gerade mit Rücksicht auf die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands eine Regierung notwendig ist, die sich auf das allgemeine Vertrauen des Volkes stützt und dieses Vertrauen durch eine starke parlamentarische Mehrheit im Reichstag erlangen kann.

Die demokratische Fraktion versuchte vermittelnd einzutreten, ohne jedoch bei der Volkspartei auch nur auf das geringste Entgegenkommen zu stoßen. Infolgedessen war es überflüssig, erneut Verhandlungen der

unsers Vaterlandes ebnen wollen. Steht auch in einmütiger Geschlossenheit und in vollem Vertrauen hinter die Regierung Knilling und den von ihr bestimmten Generalstaatskommissar b. Rahr.

Die innerpolitische Einstellung der Volkspartei ergibt sich aus folgendem Passus:

Große Entscheidungen reisen heran. Der Kampf am Rhein und Ruhr ist abgebrochen. Die bährische Volkspartei erwartet aber, daß der geistige und moralische Kampf gegen die Rechts- und Vertragswörgteit der feindlichen Machtbeziehung mit aller Stärke und mit allen uns zu Gebote stehenden Waffen fortgeführt wird. Die unanfechtbaren Belege über Gewalttaten und Greuelarten des Feindes im Rhein- und Maingebiet und in der Pfalz müssen ebenso wie die auf die Schuldlinie bezüglichen Dokumente gesammelt und als Anklagematerial vor ständiger Wucht vor der ganzen Welt verwertet werden. Die Rückkehr der Engerkersten und Vertriebenen zu Freiheit, zu Heimatboden und Arbeitsstätte und die volle Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit im besetzten Gebiet sind für uns Bedingungen, um die nicht gesezt werden darf. Die drückende Sklaventat des Schandvertrags von Versailles muß zerbrochen, eine neue darf durch leinerlei Unterschrift gezeitigt werden.

Außerdem wird gefordert: Revision der Weimarer Verfassung, Wiederherstellung des vollen staatlichen Eigenlebens der Gliedstaaten, neue gerecht verteilte Opfer vom Besitz und von der Arbeitskraft, Pflege des Wehrgedankens.

Die Größe des Opferwillens der bestehenden Schichten in Bayern wird aber gleichzeitig am besten charakterisiert durch ein Telegramm des Ministerpräsidenten Knilling an Kresemann. Der bährische Ministerpräsident erucht um die Sanktionierung der weiteren Steuereinhebung nach den letzten Multiplikatoren, da durch diese weitere Einhebung in Bayern die Ruh und Ordnung gefährdet sei. Wirklich schöne Patrioten, die nur mit dem Mundwerk für „Opfer des Besitzes“ sind.

Der Transport des „Bölkischen Beobachters“ ist übrigens den Organen der Reichseisenbahn und der Reichspost verboten worden. Der Rahr hat das Verbot des Hitler-Blattes seinen Leuten erträglicher gemacht durch zwei andre Verbote republikanischer Zeitungen: der sozialdemokratischen „Freien Presse“ in Ingolstadt und der demokratischen „Morgenpost“ in Nürnberg. —

Konflikt mit den Beamten.

Obwohl die Reichsregierung nach den vom Reichstag ausdrücklich gebilligten Juli-Abkommen verpflichtet ist, in Verhandlungen eine Anpassung der Beamtengehalte an die Geldentwertung vorzunehmen, erklärten die Regierungsvertreter am Donnerstag plötzlich, keine Vollmacht für eine Anpassung ab 1. Oktober zu haben. Hierbei spielte auch der Umstand eine Rolle, daß die Regierungsvertreter angeblich nicht wußten, ob die bisherigen Minister die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts weiterführen. Sie erklärten schließlich, weder den Minister Dr. Hilferding noch den Staatssekretär Schröder erreichten, für ihre Person aber keine Stellung nehmen zu können.

Angesichts dieser Lage sah sich die Achtungskommission der Gewerkschaften veranlaßt, unter Protest den Verhandlungssaal zu verlassen. —

Vor der Einigung in Sachsen?

In den allernächsten Tagen ist in Sachsen eine Entscheidung von weittragender Bedeutung zu erwarten. Die kommunistische Partei hat der Sozialdemokratischen Partei förmlich angeboten, unter bestimmten Voraussetzungen in die sächsische Regierung einzutreten. Der darauf eingegangene sozialdemokratische Zuspruch, der die Bedingungen unserer Partei gegenüber dem kommunistischen Verlangen festsetzen und das von der Kommunistischen Partei veröffentlichte Notprogramm prüfen sollte, hat sich am Mittwoch und Donnerstag in längeren Sitzungen mit den schwiebenden Fragen beschäftigt. Auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich in mehrfachen Besprechungen sehr eingehend mit dieser Frage befaßt. In der Donnerstagsitzung wurden die Vorarbeiten so weit erledigt, daß die entscheidende Besprechung des Landesarbeitsausschusses und der Landtagsfraktion, in der voraussichtlich über die Erweiterung der Regierung abgestimmt werden wird, am Freitag mittag stattfinden kann.

Dass die Gesamtbemission der Reichsregierung auf die bevorstehende Entscheidung nicht ohne Einwirkung bleiben wird, kann wohl als selbstverständlich betrachtet werden. Unsre sächsischen Genossen haben aber trotzdem die Vergangenheit zu beachten und Sicherungen zu treffen, die ein praktisches und geistiges Zusammenarbeiten mit den Kommunisten ermöglichen, die bisher außerordentlich unzuverlässig waren.

Bei einer Uebereinstimmung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wird der Landtag, der sonst erst am 9. Oktober zusammentritt, soll, wahrscheinlich früher einberufen. —

Eine rechtstradikale Fälschung.

In Oranienburg und Umgebung wurden in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch große rote Plakate angebracht, in denen zum Generalstreik aufgerufen wird. Unterzeichnet ist der Aufruf von der Vereinigten Sozialdemokratie, der Kommunistischen Partei Deutschlands und den Unabhängigen.

Rath den Feststellungen unsrer Genossen handelt es sich um eine dreiste rechtstradikale Fälschung! Es besteht eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß diese Aufrufe von Bismarck-Bündlern angelegt worden sind, die schon in der vorhergehenden Nacht Oranienburg mit Plakaten überschwemmt hatten. Trotzdem die Verbreitung vom Wehrkreiskommando verboten ist!

Augenscheinlich will man die Arbeiter hier und dort durch solche Fälschungen in wilde Sirene hineintreiben, um dann den lauernden faschistischen Gelegenheit zum blutigen „Riederschlagen“ zu geben. Die Arbeiter sind aber klüger, als wie die dummen Jungen vom Bismarck-Bund und ihre ältern Schieber es glauben. Wenn sie streiken wollen, brauchen sie dazu gar keine Plakate. Die Sache klappt, wenn wirklich die drei Parteien, deren Unterschrift hier gesetzt wurde, den Streik wollen, auch ohne Plakatierung! —

Gerichts- und Volksurteil.

Vor dem Potsdamer Schwurgericht hatte sich dieser Tage der Rittergutsbesitzer von Kähne auf Bechow wegen Ermordung eines 16jährigen Lehrlings zu verantworten. Kähne (Vater) soll den Jungen im Walde hinterlistig erschossen haben, weil dieser dort unbefugt Siebzehner gesucht hat. Da die Geschworenen alle Schuldfragen verneinten, so mußte auf Freispruch des Angeklagten erkannt werden.

In einer besondern Erörterung zum Gerichtsurteil betonte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Westerkampf, noch folgendes: „Das Gericht hat sich in diesem Falle nicht über die Gründe zu äußern, die zu dem Freispruch geführt haben, da es ja die Gründe nicht kennt, aus denen heraus die Geschworenen die Schuldfragen verneint haben. In diesem Falle hält aber der Gerichtshof, der ja während der Verhandlung seine Stellung nicht zum Ausdruck bringen durfte, für richtig, zu sagen, daß nach Überzeugung des Gerichts in der Hauptverhandlung keine Spur eines begründeten Verdachts gegen den Angeklagten von Kähne ergeben hat. Das Verfahren ist ja einen eigentümlichen Weg gegangen. Es ist verständlich, daß bei dem verdeckten Erscheinen zunächst keinen Anhalt zum Eingreifen fanden. Es ist nicht die Absicht eines pflichtgetreuen Beamten, immer nur irgend etwas zu tun, etwas nachzuholen, wovon er sich unter Umständen gar keinen Erfolg verspricht. Auch als ein vom Ministerium beauftragter Beamter eingriff, konnte man keine Spur finden. Erst als die Verhandlung ausgekehrt wurde, meldeten sich die ersten Zeugen. In der Hauptverhandlung, wie in dem ganzen Verfahren, ist jeder Spur nachgegangen worden. Deshalb kann jetzt ruhig gesagt werden, daß sich auch nicht die geringste Spur eines begründeten Verdachts gegen den Angeklagten ergeben hat.“

Herr von Kähne nahm das Urteil ohne jegliche Bewegung entgegen.

Die Nachricht von der Freisprechung Karl von Kähnes verbreitete sich in Potsdam wie ein Lauffeuert. In den Straßen versammelten sich größere Menschenmengen zusammen, die vor das Lokal Gimmler in der Lindenstraße 44 zogen, wo Kähne sein Fuhrwerk untergestellt hatte. Die nach Tausenden zahlende Menge protestierte gegen den Freispruch und stieß laute Verwünschungen gegen den Herrn von Kähne aus, den sie mit „Steinen“ bombardierte. Rufe wie: „Nieder mit dem Bluhund!“, „Hoch der Staatsanwalt!“, „Nieder mit den Geschworenen!“ usw. erhoben. Schließlich konnte von Kähne unter dem Schutz eines riesigen Polizeiaufgebots die gefährliche Gegend verlassen, nachdem sein Fuhrwerk noch oft das Ziel von Steinwürfen gebildet hatte. —

Dollar Amtl. Notiz v. Donnerstag 548 625 000 Freitag mittag amtlich Center Kurz in Nettorf 500 000 000 Mr.

Meldungen von der Ruhr.

Verhandlungen zwischen Betriebsräten und Unternehmen.

Am Mittwoch und Donnerstag haben im eigentlichen Ruhrgebiet überall Begegnungen zwischen den Betriebsräten und Betriebsvertretungen über die Arbeitsaufnahme stattgefunden. Die Verhandlungen verliefen reibungslos, da die Arbeitnehmer von den Unternehmen lediglich die Aufrechterhaltung des bisherigen Arbeitstaats forderten. Dies wurde ohne weiteres zugestanden. Es ist deshalb anzunehmen, daß sich bereits in den allernächsten Tagen eine stärkere Wiederaufnahme der Arbeit bemerkbar macht. Sie wird jedoch trotz des guten Willens der Arbeiterschaft nicht allgemein sein können, weil es trotzdem jede organisierte Wiederbelebung des Eisenbahnverkehrs von deutscher Seite verhindern. Dadurch werden sehr viele Arbeiter, Angestellte und Beamte, die nicht am Wohnort arbeiten, von den Arbeitsstätten ferngehalten. —

Arbeitsaufnahme im Aachener Revier.

Die Bergarbeiter des Wurmreviers, zusammen etwa 18 000 Mann, haben am Donnerstag morgen die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen. Die Belgier hatten als Bedingung gestellt, daß statt bisher 7 Stunden in Zukunft 8 Stunden verfahren werden. Von der Arbeiterschaft wurde dagegen verlangt, daß die verhafteten Betriebsratsmitglieder der Eschweiler Bergwerksgesellschaft, zusammen 18 Personen, freigelassen würden. Darauf gingen die Belgier sofort ein. Die Arbeiter sind darauf eingefahren, ohne daß sie eine Verpflichtung zum Verfahren einer stündigen Sicht eingegangen wären. Sie erklärten, über die stündige Arbeitszeit nur verhandeln zu wollen, wenn die zwei noch im Gefängnis sitzenden Bergarbeiterführer, Schlosser und Ernst, freigelassen würden. —

Die Düsseldorfer Verlustfälle.

Die Liste der Toten und Vermissten, die nach den Zusammenstößen am Sonntag in die Krankenhäuser eingeliefert wurden, weist insgesamt 78 Personen auf, davon vier Tote, 9 Schwerverletzte, 17 Mittelschwere und 48 leichtverletzte. —

Die Lage im Essener Revier.

Nachdem die vier großen Bergarbeiterverbände die Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen haben, hat im Essener Revier die produktive Arbeit in einem Teile der Werke wieder begonnen. Auf den übrigen Zeichen ist die produktive Arbeit nach Befestigung vorliegender technischer Schwierigkeiten zu erwarten.

Die Lage auf den beschädigten Zeichenanlagen ist noch völlig ungeläufig. Ob eine geregelte Förderung überhaupt durchführbar ist, hängt von den Bedingungen für die Wiedereinstellung der Eisenhütten, also von der Entwicklung des Verkehrswesens ab. Die Franzosen haben bisher weder das Kohlenausfuhrverbot noch die Verordnung über den Abfall im Ruhrgebiet selbst aufgehoben, so daß die geförderte Kohle nicht verwertet werden kann und einzweilen auf Halde gespeichert werden muß. —

Frank-Fahrpreis bei der Regiebahn.

Bei den französischen Regiebahnen ist eine Neurung getroffen worden, die den Reiseverkehr, der auf den Regiebahnen in den letzten Tagen zugenommen hatte, wieder erheblich einschränkt. Der Fahrpreis wird nicht mehr in deutsche Papiermark umgerechnet, sondern muß in Frank gezaahlt werden. Ein Seer von Schiebern macht sich diesen Umstand zunutze, zumal die französischen Reiseleitungen angeblich nicht über genügend Frank verfügen. Die Frankverleieter nahmen in Dortmund von denen, die die Bahn unbedingt benötigen müssen, für 1 Frank 100 Millionen Mark. Dazu kommt, daß auch die Wechselschulen selbst zu einem sehr willkürlichen Kurs für Frank verkaufen. —

Ausdehnung des Regiebetriebs.

Am 1. Oktober befreiten die Franzosen in Witten den Bahnhof West und die Eisenbahnverwaltungen. Die Arbeiter sind aufgefordert worden, sich bis zum 3. Oktober zu entscheiden, ob sie unter französischer Regie arbeiten wollen oder nicht. Im Verweigerungsfall sollen sie ausgewiesen werden. Dergleichen wurde der Bahnhof Vorhalle von den Franzosen besetzt. —

Der verdächtige Billimentransport.

Einer französischen Meldung aus Aachen folge hat die internationale Polizei eine holländische Dame verhaftet, die einen Betrag von fünf Billionen Reichsmark mit sich führte. Da dieser hohe Betrag der Polizeibehörde verdächtig vorkommt, und die Holländerin keine Angabe über die Herkunft des Betrages machen konnte, glaubte die Behörde annehmen zu müssen, daß diese Summe zur Finanzierung des deutschen Widerstandes bestimmt sei. —

Notizen.

Riesige Schuldenvermehrung. Der Ausweis der Reichs- hauptrasse für die Dekade vom 21. bis 30. September war eine Einnahme von 840 Billionen Mark und eine Ausgabe von 40 065 Billionen Mark auf. Es entfällt also auf ungefähr 63 Mark Ausgabe eine Mark Einnahme. Die ungemeine Steigerung der Ausgaben wird auf die Auszahlung der Gehalte für Oktober an die Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten und das Unwuchs des Lebenshaltungsabandes erklart. Ferner fallen noch die Ausgaben für die besetzten Gebiete und die Abhebung der deutschen Reichsbahn infolge der Einnahmeausfälle im Westen Deutschlands ins Gewicht. Infolge der ungemeinen Anforderungen an die Reichsstrasse vermehrte sich die Schwebende Schulden, die am 30. September noch 7842 Billionen betragen hatte, auf 46 716 Billionen. Sie hat sich also in 10 Tagen um 30 374 Billionen gesteigert. Die Zinsen für die schwebende Schulden betrugen in der Berichtszeit allein 5271 Billionen. —

Zusammenfeste in Hindenburg. Die „Ostdeutsche Morgenpost“ berichtet aus Hindenburg: Am Mittwoch nachmittag versammelten sich in der Kronprinzenstraße, besonders vor dem Hotel Schmidt, zahlreiche von ihrer Arbeitsstätte kommende Arbeiter, die Schuhstücke erhalten hatten, von deren Höhe sie jedoch nicht bestmöglich waren. Bei dieser Gelegenheit kam es zu Ausschreitungen. Die Geschäftsinhaber schlossen die Läden und die Polizei versuchte, die Menge zu zerstreuen. Der Revierleiter, Hauptmann Vorherr, gab Befehl, Schuhstücke abzugeben, da er die Lage der Schuhpolizei als bedrohlich ansah. Dem Vernehmen nach sollen mehrere Personen getötet, andere zum Teil schwer verletzt worden sein. Eine amtliche Mitteilung über diese Vorgänge liegt noch nicht vor. —

Die Deportation aufgeschoben. Die französische Regierung hat die in Aussicht genommene Deportation der im Schlageter-Prozeß verurteilten Deutschen vorläufig verschoben. Die Verurteilten befinden sich in französischen Strafanstalten. —

Voll und ganz bei Hitler. Der ehemalige bährische Justizminister Dr. Roth, der sich seit langem vollständig auf Hitler eingestellt hat, es aber trotzdem damit vereinbar hielt, als deutschnationaler Abgeordneter Nutznißer des von ihm so heftig bekämpften Parlamentarismus zu sein, ist nunmehr aus der Fraktion der bährischen Mittelpartei ausgetreten. Veranlassung dazu gab ihm eine Vertrauensabstimmung der Partei für Jahr, gegen die Roth eine Reihe von Einwendungen erhob, die aber unberücksichtigt blieben. Der Schritt des maßlos ehrgeizigen Ministerialrats Roth ist sicherlich auf eine Wahlung des „Bölkischen Beobachters“ an alle Parlamentarier zurückzuführen, die dahingehend, die Herren Parlamentarier möchten sich doch im eigenen Interesse möglichst schnell auf den Boden der Tatsachen stellen, um den Anschluß an den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung nicht zu versäumen. Roth hält sich offenbar für bestimmt zum ersten Reichsjugendminister unter dem Hakenkreuzbanner. —

Christliche Gewerkschaften gegen Rahr. In einer stark besuchten Funktionärerversammlung der christlichen Gewerkschaften Augsburg nahm der dem linken Flügel der bährischen Volkspartei angehörige Landtagsabgeordnete Funke Stellung zur Verordnung Rahr's bezüglich der Verhütung von Streiken und Aussperren. Der Redner erklärte dabei, daß die Verordnung nicht der wenigstens nicht in diesem Umfang nötig gewesen wäre. Der Schutz Lebensmitteliger Betriebe wäre völlig ausreichend gewesen. Die christliche Arbeiterschaft habe sich immer gegen wilde Streite gewehrt, sie wolle aber keine Ausköhlung des Konstitutionsrechts. Die Ausführungen des Redners fanden lebhafte Zustimmung. —

Feuerschäden im Bergbau. Die Unternehmer des niederrheinischen Steinkohlenbergbaus haben den Schiedspruch über die letzte Kohnerhöhung wegen Abnahmeverzugleichen abgelehnt. Sie fordern gleichzeitig, ebenso wie vor einiger Zeit die sächsischen Braunkohlenbergwerke, die Einlegung von Feiertagen an und wollen vom Donnerstag an einen ganzen Tag wöchentlich nicht einfahren lassen. Gleichzeitig ist ein großer Teil der verarbeitenden Industrie gerade in Schlesien nicht in der Lage, den Kohlenbedarf zu decken und die Haushaltversorgung ist jetzt in der nächsten Nähe der Kohlengruben noch völlig ungesichert. Mit dieser Produktionsabschaltung vergleiche man das Gedächtnis der Unternehmer über die Unzulänglichkeit des Wirtschaftstags. —

Bährische Justiz. In eud bei Nürnberg wurde vor einiger Zeit eine sozialdemokratische Versammlung durch die „Steigbüllage“ überfallen und zwei Parteidamen getötet. Die bährische Landespolizei unterstützte die Parteidamen und dieser Tage wurde ein Arbeiter wegen „Landfriedensbruchs“ zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. —

Der Deutsche Offiziersbund würdigt Eiserner Kreuze. Im „Tag“ wird eine Eintragung des Deutschen Offiziersbundes veröffentlicht, die dringend die Verleihung Eiserner Kreuze verlangt, weil der Preußische Landtag vor Jahresfrist so beschlossen habe. Die große Mehrzahl der Bevölkerung wird freilich finden, daß wir dringendere Sorgen haben, als jetzt. 5 Jahre nach Kriegsende, noch Eiserner Kreuze zu verleihen. —

Depeschen.

Die Zollumrechnung.

W. Berlin, 5. Oktober. Nach den geführten Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spartenorganisationen wurde die Zollumrechnung für die Reichsarbeiter für die laufende Woche auf 63 000 festgesetzt. Die näheren Einzelheiten sind aus dem Reichsbeauftragungsblatt ersichtlich. —

Verurteilte Kommunistenführer.

W. Paris, 5. Oktober. Der Appellationsgerichtshof bestätigte weiter das Urteil gegen den kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin und Couturier, die wegen eines Artikels in dem kommunistischen Blatt „Recut“ vor einigen Monaten in Abwesenheit wegen Agitation im Heere zu sechs Monaten Gefängnis und 2000 Franc Geldstrafe verurteilt worden waren. —

Die englische Absatzliste.

W. London, 5. Oktober. Reuter meldet aus Manchester (Nordengland): Die Baumwolle und die Ammoniumfertilisierer, einer der größten Firmen des Landes, wird am 6. Oktober ihren Betrieb wegen der gegenwärtigen Geschäftslage auf unbegrenzte Zeit stillsetzen. Etwa 10 000 Arbeiter sind davon betroffen. —

Auch die Türkei eine Republik.

W. Konstantinopel, 5. Oktober. Nach Mitteilungen aus Angora enthält die neue Verfassung im wesentlichen folgendes: Die Türkei proklamiert die Republik. Der Präsident der Republik wird für 4 oder 5 Jahre gewählt. Die große Nationalversammlung hat gesetzgebende Befugnisse. Die Exekutive wird dem Ministerium unterstellt, das der Nationalversammlung bestimmt ist. Ein Staatsrat wird gebildet, der die Funktionen des Senats einnimmt. Seine Mitglieder werden vom Präsidenten ernannt. —

Schäfe im Parlament.

W. Paris, 5. Oktober. Nach einer Meldung aus Megilo kam es nachts in der Deputiertenkammer zu einem tragischen Ereignis. Zwei Deputierte hatten einen Streit, in dessen Verlauf der Abgeordnete Delon durch einen Rebholzschlag von dem Deputierten getötet wurde. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. Oktober 1923

Schiedsspruch im Baugewerbe.

Unter Aufrechterhaltung des Zusatzabkommen vom 9. August 1923 wird der Grundlohn für die Zeit vom 29. September bis 5. Oktober auf 23 332 000 Mark festgesetzt. Es tritt hinzug der Leistungsfaktor um 44,3 Prozent. Im übrigen verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Erklärungsfrist Freitag den 5. Oktober, abends 6 Uhr, südliches Arbeitsamt Halle (Saale).

Auf Grund dieses Schiedsspruchs, der nachdem die Arbeitnehmer sofort ihre Zustimmung erklärt hatten, auch von der Tarifgemeinschaft der Unternehmer angenommen ist, beträgt der Spiegellohnzuschlag für Männer und Zimmerer 35 218 000, für Bauhilfsarbeiter 33 809 000, für Eisbauerarbeiter 32 401 000 Mark.

Eine Straßenbahnsfahrt 10 Millionen Mark. Die Straßenbahngesellschaft teilt mit, daß der Fahrpreis für eine Fahrt ab Sonnabend 10 Millionen Mark beträgt. Bisher kostete eine Fahrt 4 Millionen Mark.

Wochenmarkt in Wilhelmstadt. Mit Genehmigung des Bezirksausschusses wird täglich auf dem Gelände an der Gr. Diesdorfer Straße, Ecke Spielgartenstraße, ein Wochenmarkt an den Tagen Montag und Donnerstag einer jeden Woche abgehalten werden. Bis 2 Uhr nachmittags müssen die Verkäufer den Wochenmarktplatz geräumt haben. Der Markt findet erstmalig am Montag den 8. Oktober statt.

Breite für Gas, Strom und Wasser. In der Woche vom 1. bis 7. Oktober werden nach einer Bekanntmachung des Magistrats die Gebührentarife für Gas und Strom voraussichtlich folgende Preise bedingen: je Kubikmeter Gas 33 Millionen Mark; je Kilowattstunde Strom 45 Millionen Mark. Die Preise kommen bei den in der Woche vom 8. bis 14. Oktober erhobenen wöchentlichen Zwischenrechnungen bzw. Abrechnungen zum Anfang. Der in der gleichen Woche für die abgelesene Verbrauchszeit zur Erhebung kommende Wasserpriß je Kubikmeter errechnet sich gemäß Bekanntmachung auf 10,2 Millionen Mark.

Weiteres Magdeburger Notgelb. Zur Behebung der Zahlungsmittelknappheit hat die Stadt Magdeburg mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde weiteres Notgelb herausgegeben. Die Scheine lauten über den Betrag von 50 000 000 Mark und haben für den Stadtteil Magdeburg als offizielles Zahlungsmittel Gültigkeit. Der Zeitpunkt der Wiedereinziehung der Notgelbscheine wird besonders bestimmtgegeben.

Kundgebung für das Saargebiet. Am Donnerstag den 11. Oktober versammlten der Saardienst im großen Saale der Stadtmiliz eine öffentliche Kundgebung für das Saargebiet. Das Hauptreferat hält Reichsanwalt Giersberg.

Löhne im Bausiedlungsvermöge. Für die Herren- und Dameaufmietniederter kommen am die Löhne der Vorwoche 50 Prozent Erhöhung. Die Abhafstellung zwischen den einzelnen Dienststellen beträgt 700 000 Mark. Tarife sämtlicher Dienststellen sind im Bureau zu haben.

Gehaltszahlung an die Angestellten. Zwischen der Vereinigung Magdeburger Arbeitsverbände und den drei Angestelltenorganisationen ist folgendes vereinbart worden: Am Dienstag den 9. Oktober und als erste Zahlung für den Monat Oktober 17 August Gehalte auszuzeichnen. In diesen 17 August Gehalten ist eine Vorzugszahlung auf die zweite Überzahlung von etwa 7 August gehalten enthalten.

Die Richtlöhne für die Handangestellten mit Voll werden für die Woche vom 7. Oktober bis 13. Oktober um 27 Prozent, die Löhne für Angestellte ohne Stoß um 44 Prozent erhöht. Auskünfte ertheilen am der Magdeburger Haushaltverein, Schönborner Straße 1, und der Deutschen Verlehrschule, Stephanstraße 38, I, wobei auch die Richtlöhne zum Selbstlohnpreis erfällig sind.

Vom Banne gefallen. Am Donnerstag fiel der Schnittkreis Jüdenberg in der Herrenlagenlage vor einem Kastenmeister und erhielt außer einem Ambrust eine schwere Schlägerei. In bewußtem Zustand wurde der Knebe ins Krankenhaus aufgefiehrt.

Vertreter Werte. Die Kleingeldsammlung in Stadt und Land für die Sternschen Anstalten hat bis jetzt 3 Milliarden Mark eingezogen. Am ehesten haben sich daran die Lehrer und die Schüler beteiligt, die ihre Spende mehrfach überboten. Die Spende für den "Sternschen" überwies 60 Millionen Mark. Ebenjovial ging aus ihrem Leidenschaft ein. Die Sammlung, welche beweist, wie man mit geringer Rühe Werte in Reale umgeschaffen kann, soll fortgelegt werden.

Berichtigung. An die Besprechung von Welsels Drama "Der Schwieger" hat sich ein sinnentstellender Druckschüler eingeschlichen. Am Ende der Inhaltsangabe darf es nicht heißen: Von allen verlassen . . . macht sie ihm Leben ein Ende", sondern "macht er seinem Leben ein Ende": die Hauptperson nämlich, der Schwieger.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Jungsozialisten: Am Montag 8 Uhr im Grantheim Zusammenkunft.

Theater, Konzerte, Vorträge &c.

Stadttheater, Sonnabend 7. Abend: Schweizer. — Sonntag (vormittag Vorleseranlässigung): Vortrag Fr. Schreier, "Schaggräber". — Sonntag (Vorstellung): De Schaggräber. — Wilhelm-Theater, Sonnabend (Vorstellung für die Gesellschaft für Theater und Kunst): Candida. —

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Bezirk Rothensee. Heute Freitag den 5. Oktober, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Prübenau, Ref.: Bezirkssekretär Fenzl.

Bezirk Westerhüsen. Die Mitgliederversammlung für Sonnabend fällt aus.

Republikanische Notwehr, Abt. Alte Neustadt. Am Sonnabend den 6. Oktober, abends 7 Uhr, Zusammenkunft. Parteimitgliedsbeitrag mitbringen.

Nachrichten aus der Provinz.

Neue Landarbeiterlöhne.

Von der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns mitgeteilt: In der Verhandlung der Lohnkommission des Landwirtschaftlichen Tarifamts Sachsen-Anhalt wurden folgende neuen Barlöhne festgelegt für:

Magdeburg-Stadt, Zone 1 =	16 302 000 Mk. (18. 8.)
Magdeburg-Stadt, Zone 2 =	11 655 000 " (18. 8.)
Quedlinburg-Stadt . . . =	16 981 000 " (18. 8.)
Stendal-Stadt . . . =	17 769 000 " (18.)
Halberstadt-Stadt . . . =	12 476 000 " (15. 8.)
Aschersleben-Stadt . . . =	12 476 000 " (15. 8.)
Börde 1 =	10 656 000 " (15. 7.)
Bördbitz =	9 953 000 " (14. 7.)
Altmark =	8 591 000 " (12. 6.)
Harzland 1 und 2 =	8 591 000 " (12. 6.)

Alle übrigen Barlöhne und tarifischen Barzulagen sowie die Geldentnahmen für nicht gewünschte Deputate nach dem Stande der letzten Lohnwoche erhöhen sich um 85 Prozent, die Gefindebarlöhne um 70 Prozent. Vorliegende Lohnherhöhungen sind ab Freitag den 5. Oktober zu zahlen. Die Mietentschädigung für das 3. Quartaljahr wird auf 27 Millionen Mark festgesetzt.

Die nächste Sitzung der Lohnkommission findet am Donnerstag den 11. Oktober statt.

Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes.

E. Brandenburg.

Kreis Wanzleben.

Eseln. Erinnernt hat sich der 62jährige Schmied Rudolf Sölker. Im Arbeitszeug war er von Hause fortgegangen; man glaubte, er halte sich bei Verwandten auf. Nach 9 Tagen aber wurde der Lebensmüde bei Barthum aus der Bude gezogen. Durch den Tod seines liebgewordigen Sohnes war er schwermäßig geworden.

Kreis Wohlstedt-Nienhaldensleben.

Gehendorf. Die Mitgliederversammlung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei hätte besser besucht sein müssen. Die Gemeinmeister erhielten die verstorbenen Parteigenossen Pfannlach und Holz in übler Weise. Genosse Bernhard referierte dann über die politische Lage. Dem Referat und den Richten, die er entzettelte, wurde im allgemeinen von der Versammlung zugestimmt. Es wurde klage geführt, daß bei Kurzlohn- und Arbeitslosenunterstützung die Wohlfahrtseinrichtungen immer ziemlich lange auf sich warten lassen. Verschiedene Genossen, die schon vor 4 Wochen Kurzlohn hätten erhalten müssen, sind bis heute noch nicht im Besitz des Geldes, das sich immer mehr entwertet. Eine beschleunigte Auszahlung ist dringend notwendig. Henk (Greifing) abend 8 Uhr Versammlung des Lotterieklubs bei Robert Linke.

Kleine Chronik.

Zweimal zum Tode verurteilt. Vom Schwurgericht Stettin wurde der frühere Besitzer des Schützenhauses in Ahlbeck, Salewski, zweimal zum Tode und zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Salewski hat der Konditor Höft und dessen Chefarzt ermordet und die Leichen später im Garten des Schützenhauses vergraben. Das ermordete Ehepaar stammte aus Strasburg (Uckermark). Es war Mitte Dezember nach Ahlbeck gekommen und hatte von Salewski das Schützenhaus gekauft. Seit dieser Zeit hatten die Angehörigen nichts mehr von den beiden gehört. Erst als der Vater der Frau Höft nach Ahlbeck kam, um sich nach dem Verbleib seines Kindes zu erkundigen, fand man schließlich die Leichen. Salewski gab als Grund seiner Tat an, daß ihn Höft habe betrügen wollen. Es kam an einem Sonntag im Dezember zu einem Streit zwischen dem Käufer und dem Verkäufer, in dessen Verlauf Salewski zur Axt griff und Höft niederschlug. Die Frau streute er durch Revolverschläge nieder.

Volkssport.

Fußball am Sonntag.

Bauender Verein	Geiger	Spielart	Ergebnis	Zeit
Sturm 07 I	Weltfuss Magdeb. I	Seitenpiele	Umfassung	5.30
Benedenstedt 1	G. A. St. I	"	Benedenstedt	5.30
Wacker Neuhalde 1	Sturm Schönebeck 1	"	"	Neuhaldensleb. 5.30

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 4800 000 Mark aufgenommen, Schönebeck, G.-A. Sturm, Freitag Versammlung. [42]

Briefkasten.

Mandolinen-Orchester. Mitteilung ist zahlungspflichtig. Bitte in der Presseabteilung melden.

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse vom 4. Oktober.

Produkte	10 Kilo gramm Million Mark	Produkte	10 Kilo gramm Million Mark
Weizen, märkischer	700-710	Rüdgenteller;	350-390
Weizen, mecklenburg-	"	Raps";	-
Weizen, schlesischer	680-710	Psinaat";	2000-2400
Roggen, märkischer	"	Vistoria-Erbsen	-
Roggen, schlesischer	"	Al. Speckfehren	-
Roggen, pommerischer	"	Futtererben	-
Roggen, ostpreußischer	"	Deluschen	-
Roggen, westpreußischer	"	Uckerbohnen	-
Sommergerste, märk.	650-700	Widen, blaue	-
Wintergerste, neue	625-680	Pubinen, gelbe	-
Hafner, märkischer	"	Gerdelicke	-
Hafner, pommerischer	"	Rapsstückchen	550-570
Hafner, schlesischer	"	Gartenzwiebeln	-
Wizenmehl, 100 kg	2400-2800	Kartoffelrohren	-
Wizenmehl, 100 kg	2200-2700	Kartoffelknödel	-
Wizenmehl, 100 kg	350-390	Kartoffelkäse	-
Wizenmehl, 100 kg	"	Wizenmehl	-

* 50 Kilo gramm brutto Sud. + Ab einschl. Station.

Wasserstände.

+ bedeutet über, - unter Null.		Marode	Geben	Marode	Geben
Gardubis	4.10.	-	-	Güsten	+ 4.10. - 0.11. - -
Brandels	-	-	-	Saale	-
Meinitz	-	+ 0.70	-	Großes Ufer	5.10. + 0.60
Leitzmeritz	-	+ 0.25	-	Bernburg Abp.	+ 1.31
Aufius	-	- 1.83	-	Bernburg Unt.	+ 0.58
Dresden	-	+ 0.19	0.03	Elbe Oberpeg.	+ 1.10
Torgau	-	+ 1.00	-	Elbe Unterpeg.	+ 0.02
Wittenberg	-	+ 0.31	-	Grizebne	+ 0.07
Rößla	5.10. + 0.31	-	0.03	Saale	-
Aken	-	-	-	Brandenburg	-
Börde	-	+ 0.37	-	Oberpegel	1.10. + 2.02
Magdeburg	-	+ 0.42	-	Brandenburg Unt.	+ 0.40
Zangerland	4.10. + 0.70	-	-	Ratzeburg	-
Wittenberge	-	+ 1.42	-	Ratzeburg	-
Penzig	-	-	-	Rathenow	+ 1.36
Sömmerda	-	-	-	Rathenow	-
Dömitz	-	-	-	Unterpegel	-
Dömitz	-	-	-	Saale	-
Boizenburg	-	-	-	Boizenburg	-
Schönhorst	-	- 0.09	-	Saaleberg	+ 0.81

Wettervorhersage.

Sonnabend den 6. Oktober: Nach vorübergehendem Aufklaren etwas Regen, nachts kühl, tagsüber milder.

Granat-Schmuck Edelmetalle Brillanten

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. Oktober 1923.

Die Brotdistribution 1923/24.

Die regulierte Brotdistribution sollte schon im Jahre 1922 abgeschafft werden. Es gelang damals der Sozialdemokratie noch, diese schädlichen Maßnahmen zu verhindern. Alle bürgerlichen Parteien waren grundsätzlich für die Belebung der "Gewerbeökonomie" in der Brotdistribution, für sie ist die freie Wirtschaft die idealste Wirtschaftssystem. Für das Wirtschaftsjahr 1923/24 ließen sie sich darum nicht mehr bewegen; die geregelte Brotdistribution weiterzuführen, es sollte endgültig Schluss gemacht werden mit dem Markenbrot; freie Bahn der Preistreiberei auch im Handel mit Brot!

Die Sozialdemokratie stand in ihrem Kampf um eine geregelte Lebensmittelwirtschaft, um eine planmäßige Verförderung aus allen Gebieten seit der Novemberrevolution ganz allein, ihre Stimmen reichten nicht aus, die öffentliche Brotdistribution zu erhalten.

Am 31. August 1923 sollte, nach dem Willen der bürgerlichen Parteien, schon die Versorgung mit Markenbrot endgültig aufhören. Als der Termin heranrückte, belogen die Anhänger der freien Wirtschaft Angst vor der eignen Courage und meinten, der Übergang dürfte nicht zu plötzlich kommen. Der Markenbrotversorgung wurde noch eine Frist bis 15. Oktober gesetzt. Nächste Woche wird also das letzte Markenbrot verkauft. An die Summen, die nunmehr allein für Brot ausgegeben werden müssen, ist nur mit Entsezen zu denken. Der Brotpreis wird sich nach dem Dollar-Kurs richten, welche Wirkungen damit im öffentlichen Leben ausgelöst werden, ist vorauszusehen. Auch in bürgerlichen Kreisen sieht man diesen Dingen mit Beiruhrnis entgegen. Der Regierungschef Pohlmann hat in einer Versammlung der Demokraten erklärt, er halte die Aufhebung der geregelten Brotdistribution für einen schweren innerpolitischen Fehler. Diese Einsicht hätte bei den Demokraten, und zwar bei der Mehrheit, früher kommen müssen, dann war es vielleicht möglich, andre Beschlüsse herbeizuführen. Es ist ein Unglück für Deutschland, daß die politischen Vertreter des deutschen Bürgertums immer die Schädlichkeit politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen einsehen, wenn es zu spät ist.

Die vollkommen ungebundene Brotdistribution ist in unserer Zeit unerträglich, das hat auch der Reichsrat eingesehen, er suchte daher in seinen Beratungen über die Brotdistribution im Wirtschaftsjahr 1923/24 durch mancherlei Vorschriften und Rauten der Willkür des einzelnen Produzenten einige Schranken zu setzen und Nest einer öffentlichen Versorgung zu retten. Über die Sitzung wird berichtet:

Auf Antrag Breitens wurde die Preistreiberei ersterblich von $\frac{1}{2}$ auf $\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen erhöht und ein Zuschlag angenommen, nach dem Ueberschuh-Kommunalverbände zwecks Aufbringung der Reisernte verpflichtet werden können, bestimmte Mengen bis zu einem von der Reichsgereidesstelle zu bestimmenden Betrag ausliefern. Zur Durchführung der Ablieferungspflicht soll die Reichsregierung ermächtigt sein, in den betreffenden Kommunalverbänden das Umlageverfahren wieder einzuführen. Außerdem werden die Kommunalverbände erlaubt, den Verbrauch und die Verteilung des Getreides aus den Mühlen an die Bäcker und die Verbraucher zu regeln und zu überwachen. Die "Komm-Vorschrift", daß für einzelne Gebiete mit besonderen Verhältnissen die Markenversorgung fortzuführen ist, wurde in eine "Ruh-Vorschrift" umgewandelt. Am Halle der Strafanwendung wegen Veräußerung von Getreide muß das nachweislich mit Brotdistribution gefüllte Biech eingezogen werden.

Die Reichsregierung soll mit Zustimmung des Reichsrats ermächtigt sein, zu bestimmen, wann und in welchem Umfang das Gesetz außer Kraft tritt. Der Antrag Hamburgs auf Verlängerung der Brotdistribution bis zum 31. Dezember wurde mit 44 gegen 42 Stimmen abgelehnt, ferner wurde abgelehnt der Antrag Hessens auf Verlängerung der Brotdistribution bis zum 1. Dezember 1923.

Markenbrot wird es nicht mehr geben; es wird nur noch "freies" Brot verkauft. Bei freier Brotdistribution mit freier Preisgestaltung wird es vielen Menschen nicht mehr möglich sein, sich auch nur an rotem Brot satt zu essen. —

Die Hausfrau.

Ja weiß ein Wallen still verbergen,
In Wüsten reich und voll von Sorgen,
Ein Selbstverlieren, Selbstvergeissen,
Ein Leben, Leben unermesslich. —

Dieses selbstlose Geschenken all seiner Kräfte, dieses Hergeben seines eigenen Seins, das ist ein Frauen-, ein Mutterleben mit all seinen heiligen Pflichten und fordernden Pflichten. Dieses Leben ist in seinem Wirken die Grundlage des Familienglücks und weiter darüber hinaus die Bildnerin der Volksseele, die erste Förderin der körperlichen und geistigen Kräfte des Volkes. Weich große Verantwortungen werden durch diese aufbauenden Gedanken dem Arbeitsfelde der Frau gestellt, das im allgemeinen so still und unbedacht hinter dem hohen Walle der öffentlichen, lautspredenden Verküsse verborgen liegt.

Familienglück gründen und festhalten in unsrer Zeit, wo die Welt sich überstürzt in ihren unregelbaren Geschwindigkeiten, wo ihre verderblichen Pfeile sich einbohren wollen in der Menschen ideale Begungen und fröhlichen Sinn, ist nicht leicht. Die einfache Lebenshaltung ist heute mit so großen Sorgen verknüpft, daß wahrscheinlich die Frau zur Künsterin wird, die aus all den Widerwärtigkeiten einen einigermaßen gangbaren Ausweg findet. Sie muß die größte Weisheit ihres Könnens entwickeln, um in allen und fleinsten Teilen der Parole "Sparen" gerecht zu werden. Unter Hintanzetzung ihrer eignen Bedürfnisse und Verzweifungen lebt sie einzlig nur dem Gedanken, dem Baufrost des Haushaltes mit allen Mitteln zu begegnen. Neben diesem Trost von Sorgen gibt es noch allerhand andere Mütter, die wie spitze Steine aus dem Wege zum heimischen Glück geräumt werden müssen.

Da sind die Kinder, die in ihrer Unvernunft nicht immer das befolgen, was ihnen die Mutter zu Ruh und Freiammen eingeprägt hat. Überhaupt ist das Problem der Kindererziehung, das hauptsächlich in die Hände der Mutter gelegt ist, eins der schwierigsten und wichtigsten, das die Welt kennt. Denn der ausgewachsene Mensch wird stets ein Spiegelbild seiner Erziehung bleiken. Darum auch muß eine Mutter sich hundertmal die Frage stellen, ob sie jedes ihrer Kinder nach seiner Eigenart zum Kampf um das gegenwärtige Dasein nach besten Wollen verholfen. Nicht nur Güte, auch Strenge muß ihre Liebe sein. Und mit zielbewußter Energie müssen all die Müttern aus den kleinen Geistern ausgetrieben werden, daß sie nicht durch ihr böses Tun und Treiben den Vater beschädigen, der nach der Unruhe einer Arbeit zu Hause Ruh und Erholung sucht. Nicht selten ist es, daß dem Vater die Mühlen seines Dienstes noch gewangen, wenn er über die Schwelle seines Hauses tritt, daß sein Gedenk nicht freundlich blieb, wenn er die Seinen begrüßt. Da ist es

nun wiederum die Frau, die durch Auges, gütliches Zuwarten dem Manne Zeit lassen muß, den Wechsel seiner Gedanken von einer in die andre Welt langsam zu vollziehen.

Immer wieder muß sie geben aus ihrem unerschöpflichen Brunnen geduldiges Viele. Dann auch kommen Zeiten, wo Krankheiten ihre Schreden in die Familie tragen. Und hier zeigt sich erst recht die Frau und Mutter in der Aufopferung ihres ganzen Seins, wenn sie Tage und Nächte den Kranken umorgt mit all ihrer Hilfsbereitschaft, wenn sie verzichtend auf die kleinste Ruh und Rast, auch den Gesunden daneben noch Ordnung schaffen. So könnte man noch viele andre Sorgen und Pflichten einer guten Hausfrau aufzählen, die ihren Lebensweg begleiten.

Doch alle diese Gewitterwolken verbunkeln nicht die Sonne, die in dem Herzen einer liebenden Frau leuchtet. Lachende Strahlen fallen auf ihre Umgebung und wohlige Wärme läßt ein schönes Familienleben wachsen. Das Familienglück aber wird der gute Geist des Volkes, der Genius idealer Kräfte, geboren aus der Seele der Frau. —

Der Preis der Volksstimme

beträgt für die Woche vom 8. bis 14. Oktober

30 Millionen Mark.

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 10. Oktober an im Post- und Postfahrdienst innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Für Postkarten im Ortsverkehr (in tausend Mark) 1000, für Postkarten im Fernverkehr 2000; für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 2000, über 20 bis 100 Gramm 3000, über 100 bis 250 Gramm 5000, über 250 bis 500 Gramm 6000; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 5000, über 20 bis 100 Gramm 7000, über 100 bis 250 Gramm 8000, über 250 bis 500 Gramm 9000. (Für nicht oder ungerechtfertigt freigemachte Postkarten und Briefe wird das Einheitsabgabe des Schlußbetrags, unter Aufrundung auf eine durch 1000 teilbare Marksumme, nachgehoben.)

Für Drucksachen bis 25 Gramm (in tausend Mark) 1000, über 25 bis 50 Gramm 2000, über 50 bis 100 Gramm 3000, über 100 bis 250 Gramm 5000, über 250 bis 500 Gramm 6000, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 7000, 1 Kilogramm bis 2 Kilogramm (nur für einzeln versandte, ungeteilte Druckschriften zugelassen) 9000.

Für Pakete (in Millionen Mark) bis 3 Kilogramm, erste Zone (bis 75 Kilometer) 12, 2. Zone (über 75 bis 375 Kilometer) 24, 3. Zone (über 375 Kilometer) 24; über 3 bis 5 Kilogramm 18, 36, 36; über 5 bis 6 Kilogramm 21, 42, 63; über 6 bis 7 Kilogramm 24, 48, 72; über 7 bis 8 Kilogramm 27, 54, 81; über 8 bis 9 Kilogramm 30, 60, 90; über 9 bis 10 Kilogramm 34, 68, 102; über 10 bis 11 Kilogramm 38, 76, 114; über 11 bis 12 Kilogramm 42, 84, 126; über 12 bis 13 Kilogramm 46, 92, 138; über 13 bis 14 Kilogramm 50, 100, 150; über 14 bis 15 Kilogramm 55, 110, 165; über 15 bis 16 Kilogramm 60, 120, 180; über 16 bis 17 Kilogramm 65, 130, 195; über 17 bis 18 Kilogramm 70, 140, 210; über 18 bis 19 Kilogramm 75, 150, 225; über 19 bis 20 Kilogramm 80, 160, 240.

Für Postanweisungen bis 50 Millionen Mark (in Millionen Mark) 1, über 50 bis 100 Millionen Mark 2, über 100 bis 500 Millionen Mark 5, über 500 bis 1000 Millionen Mark 7, über 1000 bis 2000 Millionen Mark 10, über 2000 bis 3000 Millionen Mark 12, über 3000 bis 5000 Millionen Mark 15, über 5000 bis 7500 Millionen Mark 18, über 7500 bis 10000 Millionen Mark 20 (Weißbetrag ist von 5000 Millionen Mark auf 10000 Millionen Mark erhöht).

Für bar eingezahlte Zahlkarten bis 50 Millionen Mark einschließlich (in Tausenden Mark) 250, über 50 bis 100: 500, über 100 bis 500: 1000, über 500 bis 1000: 1500, über 1000 bis 2000: 2000, über 2000 bis 3000: 2500, über 3000 bis 5000: 3000, über 5000 bis 7500: 3500, über 7500 bis 10000: 4000, über 10000 unbeschränkt: 6000.

Auf den Zahlkarten, Überweisungen, Schecks und Zahlungsanweisungen sind bei der wöchentlichen Wiederholung der Beiträge nur noch die Millionen in Buchstaben, die Hundert-, Zehn- und Einztausender dagegen in Ziffern mit dem Zuschlag T. A. (Abkürzung für tausend Mark) zu schreiben. Beispieldeweise ist der Betrag von 12 730 334 000 Mark wie folgt zu schreiben: Zwölftausendvierhundertdreißig Millionen 334 T. A.

Für bargeldlos bezahlte Zahlkarten die selbe Gebühr, höchstens jedoch 2 Millionen Mark für eine Zahlkarte.

Für Kassenchecks, die bargeldlos bezahlt werden, $\frac{1}{2}$ vom Tausend des Scheibetrags, für Barauszahlungen mit Postcheck 2 vom Tausend des Scheibetrags, Mindestabfuhr 1000 Mark.

Weißbetrag eines Postchecks 50 Milliarden Mark, telegraphische Zahlkarten, Überweisungen und Postchecks je 20 Milliarden Mark.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Postsendungen und Postanweisungen gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Bäckchen nicht zugeschlagen), ferner nach dem Gebiete der Freien Stadt Danzig, wohin auch Pakete zu den Inlandsgebühren zugänglich einer Zuschlagsgebühr von 50 Prozent (außer bei Paketen aus Preußen) verändert werden können. (Für Pakete nach dem Saargebiet besondere Gebühren.) Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg, Memelgebiet und Österreich. (Päckchen nach Luxemburg und Österreich nicht zugelassen.)

Die Auslandsgebühren betragen vom 10. Oktober 1923 an:

Für Postkarten 9 Millionen Mark, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 7 Millionen Mark.

Für Briefe bis 20 Gramm 15 Millionen Mark, jede weitere 20 Gramm (Nettogewicht 2 Kilogramm) 7,5 Millionen Mark, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 12 Millionen Mark, jede weitere 20 Gramm 7,5 Millionen Mark.

Für Drucksachen für je 50 Gramm 3 Millionen Mark.

Postanweisungen gebührt bis 1500 Millionen Mark 15 Millionen Mark, über 1500 Millionen Mark bis 3000 Millionen Mark 30 Millionen Mark, jede weitere 3000 Millionen Mark 15 Millionen, jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Ausland für jede weitere 3000 Millionen Mark 30 Millionen Mark.

Rabattanwartschaften für Pakete 15 Millionen Mark für je 1500 Millionen Mark des Rabattanwartschaftsbeitrags. —

Das Verfahren bei Ausweisungen von Ausländern.

Nach dem Ausweisungserlass des preußischen Ministers des Innern vom 24. August erfolgt die Ausweisung aus dem preußischen Staatsgebiet durch die zuständigen Ortspolizeibehörden. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob durch diesen Erlass der frühere Erlass vom 1. Juni 1899 aufgehoben worden ist, der die Bestimmung enthält, daß die an sich zuständigen Orts- und Kreispolizeibehörden vor Erlass der Ausweisungsvorrichtung die Zustimmung des aufzuhaltenden Regierungspräsidenten einzuhören haben.

Wie der "Amtliche Preußische Presseblatt" mitteilt, wird in einer Verfügung des Ministers des Innern ausgeführt, daß eine Aufhebung des früheren Erlasses momentan nicht in Frage kommt, als die Ausweisungsbefugnis der Ortspolizeibehörden auch in Zukunft von der Zustimmung des zuständigen Regierungspräsidenten abhängig bleibt soll. Als außerordentlich geregt sind dagegen die drei in jenem Erlass ausgeführten Ausnahmefälle zu betrachten, die für die Zukunft der Regelbestimmung des Erlasses unterstellt werden sollen. Insoweit also ist der Erlass allerdings außer Kraft gelegt. Die Ortspolizeibehörden werden daher in Zukunft vor Anordnung einer Ausweisung in allen Fällen die Zustimmung des Regierungspräsidenten einholen haben. —

Erwerbslosen-Unterstützung.

Vom 8. Oktober bis 9. Oktober 1923 gelten folgende Unterstützungssätze für Erwerbslose:

1. für männliche Personen:	
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	60 000 000 M.
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	48 000 000 M.
c) unter 21 Jahren	36 000 000 M.
2. für weibliche Personen:	
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	48 000 000 M.
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	40 000 000 M.
c) unter 21 Jahren	28 000 000 M.
3. als Familiengutsförderung für:	
a) den Ehemann	22 000 000 M.
b) die Kinder und sonstige Unterstützungsberechtigte Angehörige	18 000 000 M.

Das Drama in der Küche.

Am Vormittag des 4. Juli bemerkten Passanten in der Jakobstraße zu Magdeburg, wie in der 2. Etage eines Wohnhauses ein Fenster ausgerissen wurde und ein junges Mädchen Anstalten machte, sich auf die Straße zu stürzen. Das Mädchen wurde aber noch erwacht und wieder ins Zimmer gezogen. Bald darauf wurde das Mädchen von der Polizei in Haft genommen, aus dem betreffenden Haus aber eine Frau schwerverletzt im Sanitätswagen wegtransportiert. Über die Vorfallsmasse wurden allerlei Mutmaßungen ange stellt. Am Mittwoch waren sie Gegenstand einer Verhandlung vor dem hiesigen großen Jugendgericht, das in Ausführung des neuen Jugendgerichts-Gesetzes eingezogen wurde und mit diesem Prozeß seine Tätigkeit begann. Angeklagt war das 18 Jahre alte Hausmädchen Minna Bahn. Lieber den Tatbestand werden diese Angaben gemacht:

Die Angeklagte sei, nachdem sie in Beziehungen mit einem Chorsänger getreten war, in der Arbeit nachlässig geworden und habe in ihrer Führung Anlaß zum Tadel gegeben. Ihre Dienstherrin mache ihr wiederholt Vorwürfe, die offenbar das junge, stark empfindliche Mädchen getroffen haben. Am 4. Juli mußte die Angeklagte Stiechhölzer aus dem Keller holen. Bei der Gelegenheit sah sie dort einen Hardhieb liegen. Das Mädchen trug den Gedanken im Innern, sich für vermeintliche oder wirkliche Beleidigungen zu rächen. Der Anblick des Hardhiebs ließ blitzschnell einen Entschluß reifen, der bei dieser jungen Person jenseits aller verstandesgemäßen Erwägungen lag. Sie nahm das Beil mit nach oben, verbarg es hinter ihrem Rücken und verbarg plötzlich ihrer Dienstherrin mit der scharfen Schlag gegen den Hinterkopf. Die Schädeldecke wurde zertrümmert und die Verletzte brach sofort blutüberströmt zusammen. Gleich darauf schlug sie noch 5- bis 6-mal mit der scharfen Kante des Beiles auf ihr Opfer los, traf dessen Kopf und Ohr und fügte ihm eine schwere Verletzung am Ohr bei. Dann trat ich sie die Küche, schloß die Tür hinter sich ab und flüchtete nach einem zwei Treppen hoch gelegenen Wohnraum, wo sie nun Anstalten mache, sich aus dem Fenster zu stürzen. Durch einen zufällig des Beiges kommenden Schubkarren wurde dann die Rückenkur geöffnet und die Verletzte, in ihrem Blute schwimmend, in bewußtem Zustand aufgefunden. Mittels Sanitätswagens wurde sie in das Krankenhaus geschafft, wo Professor Habs eine sofortige Operation vornahm und die Knochenplaster aus dem Gehirn entfernte. Die Verletzte ist mit dem Leben davongekommen, leidet aber jetzt noch an jahrelangen Träumen, Schwindanfällen und Kopfschmerzen.

Der Vertreter der Anklage beantragte gegen die Angeklagte 6 Jahre Gefängnis. Das Urteil des Gerichts lautete wegen versuchten Toßfalls — die Überlegung wurde anzuschlagen — auf 6 Jahre Gefängnis unter Auflösung von 2 Monaten der restitutiven Untersuchungshaft.

Das große Jugendgericht hat sein Urteil mit einem sehr strengen Urteil begonnen. Wir verurteilen die Tat der Angeklagten als eine Roheit und bedauern das Opfer. Aber dem Opfer wird nicht geholfen durch ein hartes Urteil. Ohne Zweifel hat die Angeklagte im Affekt gehandelt. Menschen im Alter von kaum 18 Jahren sind plötzlichen Stimmungen, Gemüthsbewegungen stärker unterworfen als Erwachsene. Mit dem Jugendgerichts-Gesetz wollte man beweisen, daß die Psychologie der Jugend bei der Amturteilung jugendlicher Verbrecher mehr beachtet wird als bisher.

Die Graft

Schäze im Herbstwald.

Das langsame Herabgleiten der Blätter von den Bäumen, diese müde und doch majestätische Gebärde des Herbstes, hat wieder begonnen, und wir bewundern dies schwermütige Schauspiel im Natur-Gemengelang, ohne uns Rechenschaft davon zu geben, daß dieser herbstliche Blätterfall das Zeichen für eine großartige Umstellung im Haushalte der Natur ist. Diese interessante Vorbereitung der Bäume auf den Winter, durch die bisher noch ungenutzte Schätze im Wald aufgespeichert werden, behandelt der bekannte Biologe R. S. Francé in einem Aufsatz von „Leben Land und Meer“. Das Fallen der Blätter vollzieht sich nach Gejegen, die die Botanik erst in neuerer Zeit erkannt hat. Der Naturforscher Wiesener machte sich die unglaubliche Mühe, die fallenenden Blätter zu zählen, und fand, daß ein Baum bedeutend mehr Blätter hat, als man denkt, ein junger Birnbaum mehr als 10 000. Die ersten Blätter verlieren nun die Bäume, für den Laien ganz unmerklich, schon an dem ersten Tag im Jahr, an dem die Lichtfülle nachläßt. Das ist am 26. Juni.

Ein auffälliges Abfallen beginnt aber erst dann, wenn ein merliches Sinken der Lichtintensität eintritt, also beim Herbstbeginn. Dann sieht man die ersten gelben Blätter, und der Laubfall dauert bis in die ersten Novemberstage fort, meist bis zum Totensonntag. Nicht etwa der Frost, wie man früher annahm, verursacht den Blätterfall, sondern die Abnahme der Beleuchtung. Ein solches abgefallenes Blatt ist, wenn man es gegen das Licht hält, ganz leer; nur an den größern Blattadern und am Stiele sind noch einige dunklere Flecken und Körnchen vorhanden.

Die Pflanze hat in Wochenlanger Arbeit das Blatt ausgebaut und alle brauchbaren Stoffe in ihr Inneres zurückgesetzt.

ter und die verdaulichen Stoffe in ihr Inneres zurückgeschafft; sie hat den Zucker, das Einweß, das Blattgrün und die andern im Blatte vorhandenen Reserven so weit zerlegt, daß sie noch anderweitig verwendet werden können. Dadurch wird das Blatt gelb. Der Pflanzensaft färbt sich rot oder violett, und aus dem blassen Blattgrün, das noch übriggeblieben ist, aus dem Gelb und Rot bis Lila mischt nun der Herbst die wunderbaren Farbensinfonien. Das verschärzte Blatt stirbt an Hunger und Entkräftigung, denn die haushälterische Pflanze hat es, um sich selbst zu erhalten, aus der Gemeinschaft ausgeschlossen und ihr sogar die Wasserleitung gesperrt, aus der es bisher sich nährte. So muß das Blatt langsam vertrocknen und abfallen. Der Baum aber rettet sich dadurch sein Leben; er weiß, daß auch er Mangel an Wasser leiden wird, wenn die ersten Schneefälle und Fröste das Wasser im Boden gefrieren lassen.

Deshalb muß er seinen Haushalt einschränken und umstellen, zieht sich zu einer Art Winterschlaf zurück, für den er, wie der Hamster, alle nur erreichbaren Vorräte sammelt. Die Bäume zehren im Winter entweder von einem in guten Tagen angelegten Fettvorrat, oder von einem Stärkemehlmagazin. Blätzt man im Spätherbst in das Innere eines Baumes, so erblickt man das aus den Blättern zurückgezogene Material in den Zellen aufgespeichert. Da liegen die Zellen mit Stärkeförmchen gefüllt, wie wirzige Weißfäden, oder reich mit Fett ausgestattet.

Diese ungeheueren Schäke, die der Herbstwald in sich birgt, hat man bisher nur bei einer einzigen Baumart ausgebentet, nämlich bei den Sago gewächsen. Die bekannteste davon ist die ostindische Sagoalme, deren Mark so voll Stärke ist, daß ein etwa 30jähriger Baum 3 Meterzentner Mehl liefert. Der Sago wurde ursprünglich auf einfache Weise gewonnen, indem man den Baum fällte, das Mark heraus schnitt und in Sieben auswusch. Heute kann die Technik ganz anders zu Werke gehen, und es eröffnet sich die Möglichkeit, auch unsren Bäumen im Herbst die Nährstoffe, die wir so dringend brauchen, zu entzischen. Fett an den Fichten und den weichholzigen Laubbäumen, mehlige Stärke aus den Buchen und Eichen. Es wäre dies vielleicht sogar in einer Form möglich, unter der die technische Verwertung des Holzes nicht leidet. So könnte der Herbstwald, dessen Reichtümer bis jetzt unbekannt und unbenukt blieben, für uns zum Ernährer und Erretter werden. —

Böhmen.

Nun ist das Land der weißblauen Grenzfähle wieder in aller Munde. Der Münchener, dem seine Stadt als Kabel der Welt gilt, kann jauchzen: Es ist erreicht! Dem Norddeutschen aber erscheint das Ganze etwas spanisch; er meißt zwar nun, daß die Weißblauen unter keiner Gegner der Schwarzweigroten unter Hitler-Ludendorff sind, aber woher, weshalb, mozu, das bleibt ihm fremd.

Zunächst: Bayern ist ein einheitlicher Begriff! Von den

Zunächst: Bayern ist ein einheitlicher Begriff! Von den Pfälzern, die rein durch dynastische Willkür zu Bayern kamen, willkürlich jetzt noch bei Bayern gehalten werden, und außer der

Das Fräulein von Seuderi.

Erzählung von E. T. A. Hoffmann

(2. Fortsetzung.)

Die Pariser atmeten auf, als das Ungeheuer von der Welt
war, das die heimliche mörderische Waffe ungestraf't richten könnte
gegen den Feind und Freund. Doch bald tat es sich fand, daß
des verruchten La Croix entzückliche Kunst sich fortvererbt hatte.
Wie ein unsichtbares tödliches Geipenj schlich der Mord sich ein
in die engsten Kreise, wie sie Beirat und Haß — Liebe — Freundschaft
nur bilden können, und erschöpfte sicher und schnell die un-
glücklichen Opfer. Der, den man heute in blühender Gesundheit
gesehen, warnte morgen Krank und stiech umher, und seine Kunst
der Verzüge konnte ihn vor dem Tode retten. Reichtum — ein
einträgliches Amt — ein jähnes, vielleicht zu jugendliches Weib —
das genügte zur Verfolgung auf den Tod. Das grausame Miß-
trauen trennte die heiligsten Bande. Der Gatte zitterte vor der
Gattin — der Vater vor dem Sohne — die Schwester vor dem
Bruder. — Überlöhrt blieben die Speisen, blieb der Wein bei dem
Mahle, das der Freund den Freunden gab, und wo sonst Lust und
Scherz gewalzt, spähten bestürzte Blüde nach dem verkarpten
Körper. Man sah Familienväter ängstlich in entfernten Gegenden
Lebensmittel einkaufsen und in dieser, jener schwüngigen Gartküche
selbst bereiten, in ihrem eignen Hause teuflischen Betrat fürch-
tend. Und doch war manchmal die größte, bedachteste Vorricht

Der König, dem Nutzen, das ihm nicht überhandnahm, zu steuern, ernannte einen eignen Gerichtshof, dem er ausschließlich die Unterfuchung und Bestrafung dieser heimlichen Verbrechen übertrug. Das war die sogenannte Chambre Ardente, die ihre Sitzungen unter der Bastille hielt, und welcher La Regnie als Präsident vorstand. Mehrere Zeit hindurch blieben Regnies Beurtheilungen, so eifrig sie auch sein mochten, fruchtlos, denn verfolgten Desgravis war es vorbehalten, den geheimten Schulpforten des Verbrechens zu entdecken. — In der Vorstadt Saint-Germain mochte ein altes Weib, la Boissin geheißen, die sich mit Wachsjungen und Geisterbeschwörern abgab, und mit Hilfe ihrer Spießgesellen, le Sage und le Vigourez, auch selbst Personen, die eben nicht schuldig und leichtgläubig zu nennen, in Furcht und Schrecken zu setzen wußte. Aber sie tut mehr als dies. Englis Schule wie La Croix, bereitete sie wie bisher das seine, knüpfte

Staatsbürokratie schlechterdings nichts mit den Bayern gemein haben, bestehen auch in Bayern rechts des Rheins Abweichungen und sogar Gegensätze ethnographischer, wirtschaftlicher und kultureller Art. Wer nur einmal von Hof, Bamberg oder Würzburg über Nürnberg nach München fährt, wird dessen vom Eisenbahntzu aus inne.

vollgestopft, das Klavier, das der Bauer und seine Ehallen (Gesinde) nicht spielen können, verdrängt Klampfe (Gitarren). Da und dort findet man noch schöne alte Holzbauern mit der Altane ringsum. Viele Bauern schnitzen, manche töpfern, für darstellende Kunst besteht überraschende Begabung; manche katholische Spielgesellschaften ziehen weit ins Land, sogar nach England und Amerika. Oberammergau ist bekannt, sein Passionspiel zeigt die eine Wurzel des Schauspieltriebs. Der katholische Gottesdienst ist hier der ursprünglichen Kultur verwachsen.

München ist die einzige Großstadt von Ober- und Niederbayern. Ringsum ein weites Gebiet mit sehr wenig Industrie. So wird der Charakter Münchens zu einem wesentlichen Teile von den „Gscherten“ (Bauern) bestimmt, an manchen Tagen mutet München mit den Scharen der Bauern wie ein großer Marktstadel an. Münchens Bevölkerung ergänzt sich fortgesetzt aus der Bauernschaft, und von dem Zuwachs wird der wesentlichste Teil später seßhafter Kleinbürger. Keine Großstadt hat so erstaunlich viele Kleinhändler; auch die Fremdenindustrie gewährt vielen Unterschlupf. Große Industrie findet du ganz wenig, Fabrikshallen fast gar nicht, denn die Betriebskraft liefert die Här. Also ist auch das zum sozialen Kampf geschulte Fabrikproletariat verhältnismäig nicht zahlreich.

Diese Stadt ist aber zugleich ein Hauptplatz für Freunde, die ihr Leben genießen wollen, und es hat viele Tausende Künstler und Kunsts gewerber, dazu eine sehr große Zahl Literaten. Also Massen Pfahlbürger, die nichts aus ihrer königlich bayrischen Ruh' bringen kann, und ein mobiles Künstlerelement, darunter viel Kunstzigeuner (Schwabinger, von dem Stadtteil, wo die meisten Künstler wohnen).

Vor dem Kriege waren Künstler und Literaten freigeistig und politisch liberal gesinnt, das gab ständige Scharmützel mit dem schwerbeweglichen, nur dem animalischer Genug zugewendeten Kleinstbürgertum. Der Hof unterstellt sich der Ketzerei, und dieser Hof, dem aus dem ganzen Lande Reichtum zufloss, ernährte eine große Klientel. Das hat sich durch den Krieg ausgang sehr geändert, die alte Hofklientel, Künstler und Literaten, und nicht zuletzt das Kleinstbürgertum, verspüren die Not der Zeit.

In diese Bevölkerung trug nun die Schar der in Norddeutschland existenzlos gewordenen Offiziere und Generale ihre Unruhe, bald scherte sich um die Nobredner der alten monarchistischen Herrlichkeit ein großer Schwarm. Dann begann das tolle Treiben, das München seit Jahren zu einem Orte der Skandale macht. Um so leichter gewannen die monarchistischen Agitatoren Boden, weil der Münchner und überhaupt der Südbauer noch eine Königsblutverspürt, wenn er an den Märtel von 1919 denkt. Die Clique der abgetakelten Offiziere gewann auch Einfluß auf dem Lande, sie stellte den Bauern die Drillmeister und militärischen Führer; immer wieder waren Bauerentrupps, denen es ja an Freizeit nicht mangelt, leicht zu einem Zug nach München zu bewegen, und immer grub es dort wieder eine Gründi, verbunden mit Gewaltanwendung gegen Sozialisten und Demokraten.

Aber der oberbayerische Bauer und der Münchener Kleinbürger sind mehr als der Volksgenosse jedes andern Reichsbezirks rein landsmannschaftlich eingestellt. Reich und Reichstreue sind ihm viel zu weite und abgelegene Begriffe. Und so konnte nicht ausbleiben, daß der alte Widerwillen gegen den „Sauprize“ neu auflebte. Der Bauer und der Münchener Kleinbürger gehörten der Ordnung der Bayerischen Volkspartei und traten für Bayern ein, was alsbald zum Gegenjagd gegen die für ein Großdeutschland unter Hohenzollernführung werbenden Offiziere aus Preußen und ihrem Anhang führte.

Dieser Gegensatz hat ein zweilen verhütet, daß in München und in Südböhmen eine Einheitsfront der gegenrevolutionären Kräfte ausgerichtet werden könnte. Schwierig zwischen den rein böhmischem Ausgerichteten und den für Großdeutschland eintretenden Gegenrevolutionären verhalten sich die Industriellen und Großhändler. Sie möchten wohl ein starkes Bohern haben, sind bisweilen sogar erbittert gegen Berliner Verordnungen, die sich manchmal in der Tat in Unkenntnis und sogar Missachtung der Landesbedürfnisse ergingen. Über einen Teil der Industrie, besonders Augsburgs (der Hauptstadt der Provinz Schwaben, die wieder andern Poststadtkollier aufweist), ist seit jeher in das norddeutsche Wirtschaftsleben verschlochen, und die Industrie Ober- und Niederbayerns ist wenigstens seit der Kriegszeit immer stärker in das allgemein deutsche Finanz- und Wirtschaftsleben hineingezogen worden. Auch weiß selbst die südböhmischa Industrie, daß sie der Kohle Norddeutschlands nicht entzogen kann. Vollends Nordböhmen ist sich der Notwendigkeit eines einheitlichen Reiches bewußt und würde gewiß, wenn

sie wie ein Wetterstrahl niedergestürzt, und aus der Betäubung erwacht, hätten sie sich beraubt und an ganz anderem Ort als da, wo sie der Schlag getroffen, wiedergefunden. Die Ermordeten, wie sie beinahe jeden Morgen auf der Straße oder in den Häusern lagen, hatten alle dieselbe tödliche Wunde, einen Dolchstoß ins Herz, nach dem Urteil der Aerzte so schnell und sicher tödend, daß der Verwundete keines Lautes mächtig zu Boden sinken mußte. Wer war an dem üppigen Hofe Ludwigs 14., der nicht in einem geheimen Liebeshandel verstrickt, spät zur Geliebten schlich, und manchmal ein reiches Geschenk bei sich trug? Als ständen die Gauner mit Geistern im Bunde, wußten sie genau, wenn sich jenes etwas auftragen sollte. Oft erreichte der Unglücksliche nicht das Haus, wo er Liebesglück zu genießen dachte, oft fiel er auf der Schwelle, ja vor dem Zimmer der Geliebten, die mit Entsetzen den Blutigen Leichnam fand.

Vergebens ließ Argenson, der Polizeiminister, alles aufgreifen in Paris, was von dem Volke nur irgend verdächtig schien, vergebens wütete la Regnie, und suchte Geständnisse zu expressen, vergebens wurden Wachen, Patrouillen verstärkt, die Spur des Täters war nicht zu finden. Nur die Vorsicht, sich bis an die Zähne zu bewaffnen und sich eine Leuchte vorzutragen zu lassen, half einigermaßen, und doch fanden sich Beispiele, daß der Dienst mit Steinabütschen geängstigt und der Herr in demselben Augenblick ermordet und herauft wurde.

Merkwürdig war es, daß aller Nachforschungen auf allen Plätzen, wo Juwelenhandel nur möglich war, unverachtet nicht das mindeste von den geruchten Kleinodien zum Tageschein kam, und also auch hier keine Spur sich zeigte, die hätte verfolgt werden können.

Desgrais schäumte vor Wut, daß selbst seiner Böf die Spione zu entgehen wußten. Das Viertel der Stadt, in dem er sich gerade befand, blieb verschont, während in den andern, wo keiner Böses gesahnt, der Raubmord seine reichen Opfer erspähte.

Desgrais besann sich auf des Fürstthüls mehrere Desgrais zu schaffen, sich untereinander so ähnlich an Gang, Stellung, Sprache, Figur, Gesicht, daß selbst die Besitzer nicht würden, wo der rechte Desgrais stehe. Untentheissen kanßte er, sein Leben wagen, allein in den geheimsten Schlupfwinkeln, und folgte dort meistens diesem oder jenem, der auf seinen Antrag einen zufrieden Schaud bei sich trug. Der blieb unangefochten; also auf der dieser Regel waren die Gauier unterrichtet. Desgrais

Es geschieht angefangen wird, für die allmähliche Abtragung der Grenzen zu haben sein. Nicht München Ernst mit Trennungsbüchern, so würde Nordbahnen beim Reiche bleiben. Schließlich hat auch die Stimme des bairischen Stadttags Gewicht, sie lautet unbedingt für Verbleiben beim Reiche. Mit allen diesen Dingen, mit Wirtschaftsbedürfnissen und geistigen Streubungen muß die bairische Regierung und muß sogar ein Jahr rechnen.

Kulturgeschichtliches.

Was ist das Hungertuch? Oft wird der Ausdruck gebraucht „am Hungertuch nagen“, und jetzt fast mehr als während des Krieges haben viele Menschen kennengelernt, was es heißt, wenn das Schicksal das Hungertuch aufgehängt hat. So oft die bekannte Redensart aber auch gebraucht wird, nur wenige Menschen wissen, was das Hungertuch eigentlich ist. Es war im frühen Mittelalter, als der kirchliche Brauch aufstand, während der Fastenzeit den Altar mit einem Tuche zu verhüllen, um die erste Einstellung der Gläubigen nicht durch den Anblick prunkvollen Schmucks zu zerstreuen. Dieses Tuch nun, das aus weißer, grauer oder violetter Leinwand hergestellt und mit Bildern aus der Leidensgeschichte Christi oder auch nur mit großen schwarzen Kreuzen bemalt oder bestickt war, hieß das „Hungertuch“; es deutete darauf hin, daß man der Fastenzeit gedenke. Der Brauch Hungertücher aufzuhängen, der schon in Schriften des 9. Jahrhunderts erwähnt wird, hat sich in einigen wenigen Kirchen — so in den Dom von Trier und Paris wie in der Lampertikirche zu Münster — bis in die neueste Zeit erhalten. In Museen kann man auch alte Hungertücher ausgewahlt sehen. Das Dresdner Altertumsmuseum z. B. besitzt ein schönes Hungertuch aus dem Jahre 1472, das mit mehr als hundert Bildern aus der biblischen Geschichte bestickt ist, außerdem auch Tücher aus dem 16. und 17. Jahrhundert, ebenfalls sehr kunstvoll ausgeführt.

Von Land und Leuten.

Die Urheimat des Kaffees. Der Wiener Forschungsreisende Friedrich J. Bieber hat wiederholt vor dem Kriege das schwer zugängliche, den Fremden lange jetzt verschlossene alte Kaiserreich Kaffia besucht und durch Erfundungen und Ausfragen ein staunenswertes Material über die Kaffiada oder Gongga gesammelt, das er jetzt in einem Werk über altasiatisches Volkstum in Innerasien vorlegt. Dies Volk, nach Biebers Angabe ein Zweig des verjüllten und vergessenen Volkes der Kuschi, dem auch die alten Aegyptier angehörten, hatte sich kulturell ganz selbstständig entwickelet und bildete ein mächtiges Kaiserreich. Nach 60jährigem Bestand erlag es 1897 der überlegenen europäischen Bewaffnung der Russen, aber erst in einem blutigen achtmonatigen Verrichtungskriege konnten die jetzt bewaffneten Kaffiadas besiegt werden, während im Süde zuvor das frisch ausgerückte, von Europa her geführte italienische Heer von den Kaffiadas schon in 3 Monaten zerstört worden war. Kaffia, die Urheimat des Kaffeebarmes, wird heute immer mehr zum wirtschaftlichen Hinterlande des britischen Sudans. In dem wichtigen Einfallstor Gambela herrscht im wesentlichen der englische Handel. Rösterlichlich hat Bieber das Eigenleben der Kaffiadas genau erforscht.

Das Leben der japanischen Arbeiterinnen. In einer französischen Zeitung bringt eine sozialistische Frau aus Japan, die Gespenst Kato, einige Angaben über die Lage der japanischen Arbeiterinnen. Die meisten japanischen Frauen müssen sich selbst erhalten, da die japanische Frau von der Familienerbfolge ausgeschlossen ist. In Europa weiß man es nicht, daß in den japanischen Bergwerken mehr als 60 000 Arbeiterinnen unter der Erde, bis zum Gürtel nach, in der dampfenden Grubenluft arbeiten. In den großen Baumwollfabriken arbeiten fast ausschließlich Frauen, da für Männer diese Arbeit unerträglich ist. Über zwei die Frauen können die Arbeit nicht lange aushalten, die Hölle der Arbeiterinnen keilen weniger als ein Jahr in einer Stelle, trocken sie in Unterflurkesseln der Spinnereien trocknen. Die Spinnereien arbeiten 20 bis 22 Stunden den Tag, und zwar in zwei Schichten von 11 bis 12 Stunden Arbeitszeit,

mit einer halben Stunde Essen- und einer Viertelstunde Frühstückzeit. Das Alter der Arbeiterinnen ist zwischen 14 und 20 Jahren. Arbeiterinnen über 30 sind selten, da sie in diesem Alter bereits ausgeschieden sind. In den Bergwerken werden die Frauen auf 8 Jahre verpflichtet und während dieser Zeit müssen sie geradezu wie Sklaven dienen. Die Arbeitszeit beträgt täglich 11 Stunden, der Lohn ist unglaublich niedrig. Infolge der schweren Arbeit und der schlechten Ernährung waltet die Tuberkulose unter den Arbeiterinnen. Die Arbeitersterilität Japans steht ohne Beispiel auf der Welt da. Frau Kato teilt den Text eines Liedes, das von den Arbeiterinnen in den Bergwerken gesungen wird: „Im Schlafraum der Fabrik sind unsre Nächte summervoller, als die der Gefangenen, und einem Vogel ist in seinem Häufi wohler! Daß diese Fabrik vom Erdbeben verschwand! Daß dieser Schlafraum in Trümmer zerfiel! Daß unsere Wächter die Pest trafe!“ Die unbändigen Kräfte der Natur haben die der Verzweiflung geborenen Wünsche der Arbeiterinnen erfüllt.

Allerlei.

Rachästliche Testamente. Die Frauen, die als Lohn für ihre Tärtlichkeit mit den folgenden Testamenten ihrer erlösten Gatten bedacht wurden, haben wirklich nichts zu lachen: „Liebe Gattin, Du hast mich jeden Sonntag, den Gott werden ließ, mit Deinen schrägligen Einfällen aufs unerträgliche gequält. Ich hinterlasse Dir deswegen eine wöchentliche Rente von 25 Mark. Die Auszahlung erfolgt aber jeden Montag. Da ich weiß, wie unordentlich und verdormenterisch Du bist, wirst Du an jedem Sonntag keinen Pfennig Geld mehr haben, und daher leichtlich durchmachen müssen wie ich.“ Lehnsich jürgsam ausgetüftelt war das Testament eines andern Mannes, eines Franzosen, der augenscheinlich unter seiner Frau oft sehr leiden müssen. Er hatte etwa folgenden Wortlaut: „Liebe Frau, in unserer dreißigjährigen Ehe hast Du keinen Tag vorbeigehen lassen, ohne mich fürchterlich zu quälen, indem Du langweilige Geschichten, dumme Anekdoten und geschmacklose Witze erzähltest. Ich hinterlasse Dir eine jährliche Rente von 7500 Frank. Ich rufe jedoch die Bedingung hinzu, daß Du mit Deiner Mutter zusammenziehst, einer Frau von ebenso giftiger Zungenfeindseligkeit wie Du selbst, die Du ebenso hasst wie ich. Mutter und Tochter müssen außerdem einmal in jedem Monat mit meinem Rechtsanwalt zusammen mein Grab besuchen und jedesmal ihre tiefe Rente darüber aussprechen, daß sie mir das Leben vergönnt haben.“ Man muß gestehen, daß es kaum möglich ist, die Zeile an Nachhaltigkeit zu übertreffen. Nichtsdestoweniger ist dies einem steinzeitlichen Amerikaner gelungen. Seiner jungen schönen Witwe hinterließ er 1½ Millionen Dollar mit der Bedingung, daß sie jedesmal 1000 Dollar Strafe zu zahlen habe, wenn sie unverhüllt anginge, tanze oder einem Manne zusätzliche. „So bist Du“, schloß das Testament, „bestimmt in einem Jahre zugrunde gerichtet.“

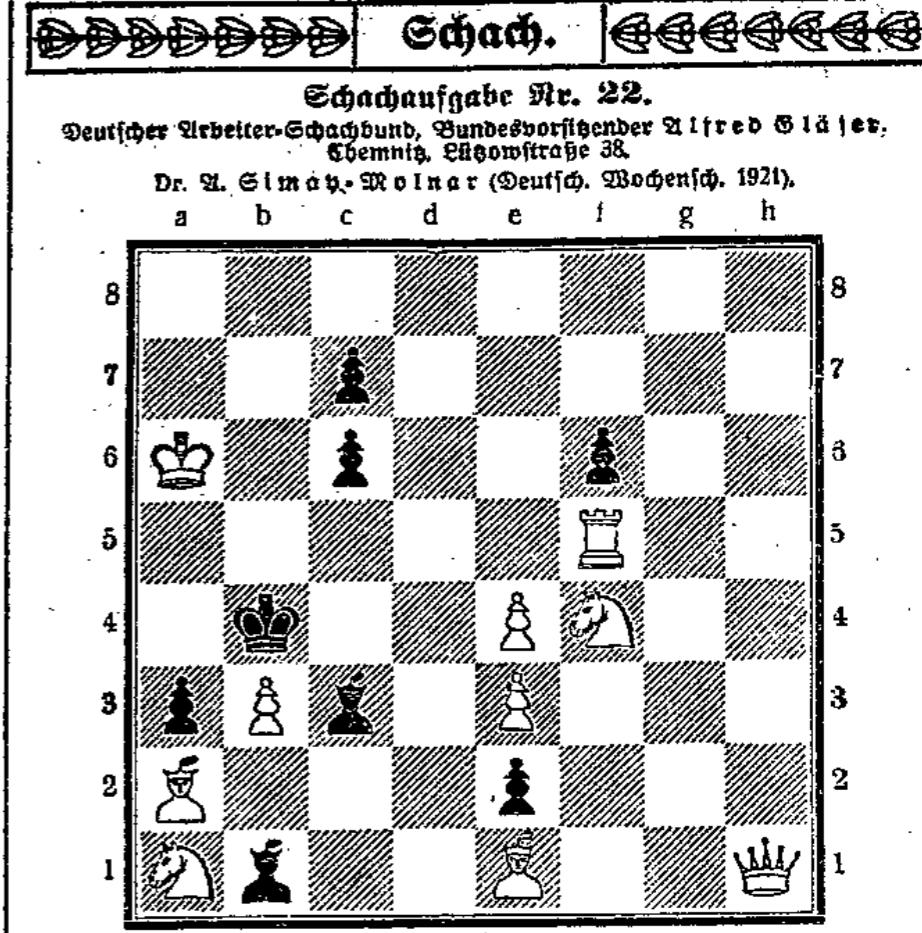
Humor und Satire.

Der Unbekannte. Frau Seifert ist noch mehrfachen Beobachtungen dahintergekommen, daß bei ihrer Emma etwas nicht stimmt. — „Du suchst einmal, Mädeln, was ist denn eigentlich los mit Dir?“ — „Ich weiss doch nich.“ — „Ach, wie ich dar das noch gegommt?“ — „Ich weiss nich.“ — „Ja, um Gottes willn, wacht ihes dir gewöhn?“ — „Ich weiss doch nich. Wenn jn jähle, gänn ich'n wi ddr!“

Ein Widerspruch. „Ja, alter Freund, ich bin entschlossen, mich wieder zu verheiraten.“ — „So? Und ich glaubte, Du wolltest Dich endlich zu'r Ruhe setzen.“ —

Der Kastellan. „Fest kann ich Sie nicht führen, Sie müssen ne halbe Stunde warten. Es ist Vorjährlit, daß die Gäste nicht mit brennender Zigarette oder Pfeife betreten werden dürfen.“ — „Na, ich rauche doch gar nicht.“ — „Aber ich.“

Regendorfer-Blätter. Cheshire Liebenswürdigkeit. „Nein, meine Liebe, ich halte Dich keineswegs für hämisch. Aber ich kann mich irren. Ich bin nicht unfehlbar.“



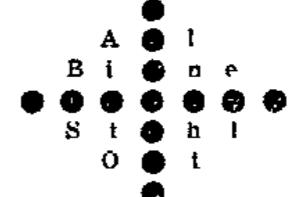
Matt in 2 Zügen.
Anleitung in nächster Nummer.
Lösung der Schachaufgabe Nr. 21:
Das — es! Vollständiger Zugzwang mit guten Vorführungen, welcher vier neue Matzüder zeitigt.

Rätseldecke.

Nachdruck verboten.

Rätsel.
Du schlägst es häufig in die Wand
Und trügit's doch mehrfach an der Hand.

Diamanträtsel.



Die Punkte obenstehender Abbildung sind durch Buchstaben zu erlesen, um wortrecht zu lesende Wörter zu bilden. Die senkrechte und auch die diagonale Punktreihen nennt dann eine Stadt im Kanton Argau in der Schweiz.

Kreuzrätsel.

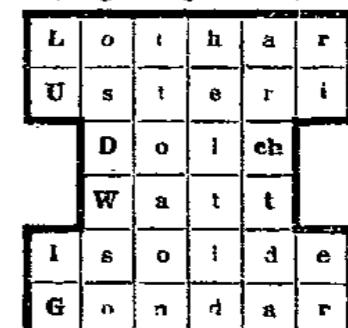
1, 2 nennt die ein Inset,
1, 4 meist uns trefflich schmeckt;
3, 2 spricht im Feld empor,
3, 4 scheut des Jägers Rohr.

Aufklärungen aus der letzten Nummer.

Lösung des Rätsels: Herbstzeitlose.

Lösung des Umwandlungsrätsels: Herbstzeug.

Lösung des Formrätsels:



Persik bleibt persi

das vollendete Waschmittel höchster Güte und Ergiebigkeit

Die Schönheit der Stein

Die Schönheit des Steinmetzen der Stein ist die Seele des Steinmetzen. Das kostbare Gut ist ein kostbares Werkzeug, das kostbare Werke erzeugt.

Schönheit des Steinmetzen ist das

Schönheit des Steinmetzen ist das